Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1005 68 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 26. Mai 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 107**

Die hallischen Straßenbahner im Streik

Auch im übrigen Reich wachsende Gärung unter den Verkehrsarbeitern

Die Arbeiter der städtischen Straßenbahn Halle haben gestern **mit 364 gegen 7 Stimmen den Streik beschlossen.** Am heutigen Tage fahren nur einige Wagen der Linien 7 und 5, auf denen Kontrolleure und Lehrlinge sich zur Streikbrecherarbeit eingefunden haben.

Dieser Straßenbahnerkampf ist von ganz besonderer Bedeutung, da sich unter dem Personal ein hoher Prozentsatz völkischer und deutschnationaler Elemente befindet. Auch sie müssen jetzt am eigenen Leibe erfahren, daß **Dawes-Deutschland** die Stabilisierung und Verschärfung des Elends aller Ausgebeuteten bedeutet, und daß die **Hindenburg-Aera** hierin nichts bessert, sondern im Gegenteil die brutalsten Aussaugungs- und Unterdrückungsmethoden legalisieren und festigen soll. Dem deutschnationalen Dezernenten Dryander hat es nichts genutzt, daß er 150 „zuverlässige" Stahlhelmer erst kürzlich wieder bei der Straßenbahn untergebracht hat. Sie stehen heute, auf Grund ihrer Unterdrückung, in einer Front mit den streikenden Arbeitern.

Als einen Hohn mußten es die hallischen Straßenbahner empfinden, als der in Magdeburg gefällte **Schiedsspruch ganze drei Pfennig** Lohnerhöhung für die Zeit vom 15. April bis 30. Juni und dann noch einen Pfennig mehr vom 1. Juli bis 31. August festlegte. Mit 57 bzw. 58 Pfennig Stundenlohn kann bei den täglichen und infolge **Miet-, Tabak- und Biersteuer, Agrar- und Industriezöllen** neu zu erwartenden **Preissteigerungen keine Familie auch nur kärglich leben!**

Bedauerlich aber ist, daß die Straßenbahner sich **nur auf die Forderung einer 10-Pfennig-Erhöhung und der monatlichen Zahlung** festgelegt haben. Jedem ist doch noch in Erinnerung der **Tod des Straßenbahners Kramer,** der nach **14stündiger Dienstzeit, obwohl er sonst gesund war, vor Ueberanstrengung** tot vom Wagen heruntergefallen ist! Der Neunstundentag, der durch Ueberstunden und durch **Nichteinbeziehung der Abrechnungszeit** fast immer ein 10-, 12- und 14-Stunden-Tag geworden ist, muß dem **Achtstundentag** als Höchstgrenze einschließlich aller Vorbereitungs- und Abrechnungsarbeiten wieder Platz machen.

Der Kampf um den Achtstundentag muß mit dem Lohnkampf unbedingt von vornherein verbunden werden.

Auch gilt es zu sorgen, daß unbedingt bei etwaigen Verhandlungen die **Streiktage bezahlt** und **keinerlei Maßreglungen** vorgenommen werden. Der reformistischen Leitung des Verkehrsbundes, die wieder einmal, wie das „Volksblatt" selbst schreibt, alles tut, **„um noch in letzter Minute den Streik zu verhindern"**, und die auch heute in Magdeburg sicherlich zu Kompromissen neigt, ist von der Straßenbahnerschaft sehr genau auf die Finger zu sehen.

Vor allem gilt es auch, mit aller Energie Streikbrecher fernzuhalten. Die Stahlhelm-Straßenbahner, die sich restlos dem Kampf angeschlossen haben, sehen heute selbst, **wie wichtig der Kampf der Kommunisten gegen die Teno,** wie notwendig die Sammlung der Arbeiterschaft — ganz gleich, in welchem Lager sie sonst noch steht — um die **Forderung unseres Offenen Briefes** sowohl betreffend **Lohnerhöhung** und **Achtstundentag** als auch

Auflösung der Teno

ist!

Die hallischen Straßenbahner stehen heute nicht allein in ihrem Kampf gegen die mit Dawes-Plan und Hindenburg-Herrschaft verbundene sichere Verelendung. Es stehen

in Berlin Hochbahner, Omnibus-Angestellte und Eisenbahner unmittelbar vor dem Streik.

Wir erfahren darüber:

Heute abend wird in der gemeinschaftlichen Versammlung der Hochbahner, Eisenbahner und Omnibus-Angestellten Stellung genommen zu den **in allen Betrieben gescheiterten Lohnverhandlungen.** Provokatorisch haben alle Direktionen jedes Zugeständnis abgelehnt. Die Stimmung in allen Betrieben ist für sofortigen gemeinsamen Streik noch vor Pfingsten. Bei den Omnibus-Angestellten wurde die **Urabstimmung** bereits vorgenommen und, wie wir hören, hat sich eine **überwältigende Mehrheit für den Streik** ergeben. Die Abstimmung in den beiden anderen Betrieben wird erfolgen, wenn nicht in der heutigen Versammlung der Streik sofort beschlossen wird.

Die Eisenbahner im ganzen Reich sind in tiefer Erregung über die Abbaumaßnahmen der Dawes-Verwaltung, die **rheinischen Bauarbeiter** stehen im **Generalstreik** für höhere Löhne und den Achtstundentag, in den **Bergarbeitern** zittert die Empörung über das neue durch unerhörte **Antreibereien** in Dorstfeld geschehene Unglück. Alle diese Kräfte sammeln sich mehr und mehr um die **rote Front der Kommunistischen Partei,** die allein ernstlich den Kampf **gegen die Dawes-Versklavung** und **gegen die Hindenburg-Reaktion, für die Befreiung der arbeitenden Massen** aufnimmt. Auch die hallischen Straßenbahner können versichert sein, daß die KPD. sich restlos hinter ihre Forderungen stellt.

Sozialdemokratische Lakaien des anglo-amerikanischen Imperialismus

Halle, den 26. Mai.

Im gestrigen „Volksblatt" wird ein Artikel veröffentlicht unter der Ueberschrift **„Moskau droht".** Dieser Artikel ist nicht ein Lokalartikel des „Volksblatt", sondern ein offizieller Artikel der SPD. Was besagt er? Wir zitieren hier zuerst nur einige wenige Stellen, um zu zeigen, wohin die Reise geht.

Es heißt in diesem Artikel wörtlich:

„Vielleicht wäre die Sprache der russischen Regierung gegenüber Deutschland weniger drohend, wenn sich die zuständigen Stellen unseres Auswärtigen Amtes in Berlin, besonders aber der Deutsche Botschafter in Moskau, zeitweilig nicht so sehr in den Dienst der russischen Politik hätte ziehen lassen. **Immer wieder hat sich z. B. Brockdorff-Rantzau als Dolmetscher Rußlands in Berlin gefühlt.** Seine wiederholten Reisen nach Rußland haben fast immer den Zweck verfolgt, gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu arbeiten, und es ist zweifellos, daß es ihm zeitweilig gelang, bestehende Absichten zum Eintritt in den Völkerbund stark herabzumindern. Ein besonderes Ohr fand Brockdorff-Rantzau fast immer bei Herrn von Maltzahn, dem früheren Staatssekretär im Auswärtigen Amt und jetzigen Botschafter Deutschlands in Washington. **Er war von der Notwendigkeit eines offenen Bündnisses mit Rußland genau so überzeugt, wie Brockdorff-Rantzau** und nicht zuletzt trägt Maltzahn einen Teil der Verantwortung dafür, daß Deutschland heute noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist.

Eine ausgesprochene **östliche Orientierung der deutschen Außenpolitik haben wir immer für falsch gehalten,** weil wir an **die vor** Tschitscherin behauptete Freundschaft Rußlands zu **Deutschland** weniger geglaubt haben, als es bei einem Teil der verantwortlichen Politiker der Fall war. Die Freundschaft der offiziellen Sowjetpolitiker gegenüber Berlin ist u. E. keine Herzensfache, sondern hat in erster Linie ihren Grund in der Vertretung russischer Interessen."

Mit diesem Zitat glauben wir klar und deutlich die Richtung der Außenpolitik der SPD. charakterisiert zu haben. Die SPD. ist stresemännischer als Stresemann und versucht, die beiden bekanntesten deutschen Diplomaten, die selbstverständlich gute Bürger sind, den Grafen Brockdorff-Rantzau in Moskau und den jetzigen Botschafter Herrn von Maltzahn, in Mißkredit zu bringen. Schon seit längerer Zeit versuchte die SPD. den Grafen Brockdorff-Rantzau als **bolschewistisch infiziert** darzustellen. Brockdorff-Rantzau und ebenfalls mit ihm Herr von Maltzahn, neigt der Ansicht zu, daß man als Gegengewicht gegen die amerikanischen und englischen Forderungen eine freundschaftliche Politik gegenüber Rußland zu treiben habe. Selbst Stresemann hat bis heute versucht, diese Politik einigermaßen zu halten, damit man gegenüber den Westmächten und ihren gesteigerten Ansprüchen einen gewissen Rückhalt besitzt, der die Forderungen der Westmächte nicht allzusehr überspannt. Herrn von Brockdorff und Herrn Maltzahn, und indirekt natürlich auch Stresemann, als bolschewistische Agenten zu bezeichnen, das bleibt dem Antisowjetkomplex der SPD. vorbehalten, die unbedingt **ihren Haß gegen alles, was mit Kommunismus auch nur im entferntesten zu tun hat, Ausdruck verleihen muß.**

Es ist typisch, daß dieser Angriff der SPD. auf die beiden bekanntesten deutschen Botschafter und indirekt auf Herrn Stresemann in einer Zeit geschieht, wo die **Garantiepaktverhandlungen kurz vor** dem **Abschluß** stehen. Die SPD. versucht, mit einem schäbigen Fußtritt diese Politik mit aller Macht zu beschleunigen. Sie kann nicht schnell genug **als Pferd an den Karren des englisch-amerikanischen Kapitalismus eingeschirrt werden.** Und darin liegt in der Tat der springende Punkt dieser ganzen Frage.

Während in der Sonntag-Nummer des Bruderblattes der SPD. in Halle, des „Volksboten" in Zeitz, in einem großen Artikel dargelegt wird, daß sich die imperialistischen Gegensätze zuspitzen und daß, solange der Kapitalismus bestehe, notwendig damit die **schwersten kriegerischen Verwicklungen** verbunden seien, hetzt das „Volksblatt", hetzt der SPD.-Pressedienst selbst gegen kluge bürgerliche Politiker und macht Propaganda dafür, daß Deutschland nunmehr endlich in den Völkerbund einzutreten habe, in jenen Völkerbund, der unter der Führung des anglo-amerikanischen Kapitals die **imperialistischen Tendenzen in konzentriertester Form** darstellt.

Warum bedeutet der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine akute Kriegsgefahr, die sich gegen Sowjet-Rußland richtet? **Indem Deutschland in den Völkerbund tritt, ist ein wichtiger Faktor in die antibolschewistische Front eingegliedert worden,** die dadurch eine große Stärkung und neue Festigkeit erzielt. Die Mächtegruppierungen werden durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund **immer mehr zugunsten des englisch-amerikanischen Imperialismus** verschoben, und während zwei gleichstarke Mächtegruppen eben durch diese Tatsache einen gewissen Schwebezustand herbeiführen, so wird durch die Uebermacht des einen Faktors dieser Schwebezustand unterbrochen und **kann jeden Augenblick in einen offenen Krieg umschlagen.**

Es ist keine Agitationsredensart, wenn wir hier ausdrücklich feststellen, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, daß die geschlossene Antisowjetfront zu einem Krieg der Westmächte gegen Sowjet-Rußland ausmünden muß. Während die SPD. im Jahre 1914 in den Krieg hineingeschlittert ist, so ist sie im Laufe dieser zehn Jahre zu einem bewußten Antreiber des Krieges geworden,

Ein Vorstoß der kommunistischen Reichstagsfraktion

Gegen die monarchistische Gefahr

Die kommunistische Fraktion hatte schon bei der Beratung im Haushaltsausschuß den sogenannten Volksblock-Parteilern erklärt, daß sie für jede antimonarchistische Maßnahme die volle Unterstützung der kommunistischen Fraktion haben würden. **Darauf haben diese Parteien natürlich nicht geantwortet.** Jetzt hat die kommunistische Fraktion folgenden Antrag eingereicht:

„Der Reichstag wolle beschließen, einen ständigen Ausschuß einzusetzen zwecks Bekämpfung der monarchistischen Gefahr, insbesondere zwecks Säuberung der Staatsverwaltung, der Reichswehr, der Polizei, der Justiz und der Schule von monarchistischen Elementen.

Dadurch bekommen die Fraktionen der Sozialdemokratie, Demokraten und des Zentrums Gelegenheit, ihre Wahlversprechungen bei der Präsidentenwahl wahrzumachen, oder aber zu zeigen, daß sie alle ihre demokratisch-republikanisch-antimonarchistischen Reden selbst nicht ernst nehmen.

Steigende Erbitterung gegen den faszistischen Arbeitermord in Oesterreich

Sozialdemokratische Manöver wie beim Rathenau-Mord

(Eig. Drahtm.) **Wien, 26. Mai.**

In Wien herrscht unter der Arbeiterschaft steigende Erbitterung über den faszistischen Arbeitermord in Mödling. Die Verhaftung von sieben Arbeitern hat Oel ins Feuer gegossen. Diese sieben Proletarier sollen einen Hakenkreuzstudenten verprügelt haben. In verschiedenen Betrieben des Wiener Neustädter Reviers wird der Generalstreik verlangt. Gestern wurde die Leiche des ermordeten Arbeiters Müller von Mödling nach Wien übergeführt. Auf der ganzen 36 Kilometer langen Strecke bildeten die Arbeiter von Wien und Wiener Neustadt Spalier, insgesamt etwa 400 000 Personen. Trotz dieser gestrigen Massenkundgebung erschienen auch in der nach Betriebsschluß von der Kommunistischen Partei einberufenen Protestkundgebung für die fünf Forderungen gegen Reaktion und faszistisches Banditentum über 10 000 Arbeiter. In den Betrieben werden die fünf Forderungen der Kommunistischen Partei eifrig diskutiert. Die Kommunistische Partei ruft für Mittwoch, den Tag des Begräbnisses des Arbeiters Müller, zum allgemeinen Generalstreik auf, durch den zugleich die Freilassung der verhafteten Arbeiter durchgesetzt werden soll. Die Sozialdemokratie benutzt die Erregung über den Meuchelmord dazu, um im Parlament eine Art Republikschutzgesetz einzubringen, das das Waffentragen in Versammlungen mit schwerer Kerkerstrafe bedroht. Die Kommunistische Partei warnt die Arbeiter vor diesem sozialdemokratischen Manöver, das dem Verhalten der SPD. nach dem Rathenau-Mord entspricht. Die Kommunistische Partei gibt demgegenüber die Parole aus: Arbeiter bewaffnet Euch, indem sie von vornherein an deutschen Beispielen erklärt, das sozialdemokratische Entwaffnungsgesetz werde in der Praxis lediglich gegen das Proletariat angewendet werden.

Sozialdemokratische Arbeiter, achtet auf die Vorgänge in Sachsen!

Die 23 im Auftrage des Parteivorstandes für die reaktionäre Verfassungs-„Reform"

(Eig. Drahtm.) **Dresden,** 26. Mai.

Gestern begann im Plenum des Sächsischen Landtages die Schlußberatung der reaktionären Gemeindeverfassungsreform. Die 23 Sozialdemokraten haben vom dem Parteivorstand der SPD. Weisung, **gemeinsam mit Monarchisten gegen Kommunisten und sogenannte linke SPD. die Verfassungsreform durchzupeitschen.** Die Kommunisten haben zu 140 Anträgen namentliche Abstimmung beantragt. **Arbeiterdelegationen protestieren im Landtag gegen die „Reform".**

Auch Henri Barmat entlassen

Und wo bleibt die Amnestie für politische Gefangene?

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 26. Mai.

Der Untersuchungsrichter hat die Freilassung von Henri Barmat gegen eine Kaution von 10 000 Mk. angeordnet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250526-12/fragment/page=0001

indem sie ganz klar und nüchtern die noch schwankenden bürgerlichen Elemente in diese Antisowjetfront hineintreibt.

Das ist der Sinn und der politische Inhalt dieser Pressekampagne für den Völkerbund gegen Sowjet-Rußland. Die Kommunisten werden auf diese außenpolitischen Entwicklungen das wachsamste Auge richten und die noch schlafenden Arbeiter aufwecken.

Verschleppungsmanöver in der Frage der Entwaffnungsnote

Die Botschafterkonferenz, die als letzte Instanz über die Noten der Alliierten an Deutschland zu bestimmen hat, ist wiederum vertagt worden, da zwischen Frankreich und England noch kein Einvernehmen über die Entwaffnungsnote erzielt worden ist.

Der „Eclair" berichtet über den Inhalt der Meinungsverschiedenheiten: Frankreich hält die Tatsache, daß Deutschland einen vollständigen Generalstab besitzt, für eine schwere Verfehlung, während England die Verteilung und die Bestimmung der Offiziere in Deutschland berücksichtigt wissen will und nur eine leichte Verfehlung in dieser Frage gelten läßt.

Wie der „Matin" meldet, hat die englische Regierung gestern in Paris einen Fragebogen überreichen lassen, der Aufklärung bringen soll über verschiedene, in den Briandschen Notenentwürfen angeblich nicht klar formulierten Punkte. Im Zusammenhang mit diesen Fragen hat Chamberlain eine Denkschrift über die englische Stellungnahme ausgearbeitet. In dieser Denkschrift wird insbesondere der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als unerläßliche Vorbedingung für das Inkrafttreten des Garantiepaktes hingestellt. Ferner wird betont, daß dieser Pakt die Bestimmungen der Versailler Vertrages, einschließlich derjenigen über die Ostgrenzen Deutschlands, in keiner Weise abschwächen dürfe.

Andererseits wolle aber England sich keine Verpflichtungen hinsichtlich des Schutzes der territorialen Verhältnisse in Osteuropa auferlegen.

Nach einer Meldung der „Times" ist nicht damit zu rechnen, daß die Entwaffnungsnote vor Ablauf der nächsten Woche in ihrer endgültigen Fassung fertiggestellt sein wird.

*

Diese Schiebungen, Unschlüssigkeiten und endlosen Vertagungen zeigen mit unabweisbarer Klarheit, wie tief die Gegensätze zwischen Frankreich und England sind, mit welcher Fülle von Konfliktsstoffen die internationale Atmosphäre geladen ist. Keiner weiß, was über Nacht eintreten kann. Keiner will sich binden, jeder lauert auf eine schwache Seite seines Gegners oder auf einen Moment, wo er seiner Politik eine Richtung geben kann, die eine Niederlage und Schwächung des Gegners herbeiführt.

Augenscheinlich hat neuerdings der Marokkokrieg, bei dem Frankreich die Neutralität Englands braucht, die Positionen des englischen Imperialismus gegenüber Frankreich weiter gestärkt.

Es ist zu erwarten, daß vorläufig alle Entscheidungen wieder auf die lange Bank geschoben werden.

Millionen dem früheren braunschweigischen Herzog mit Hilfe der SPD.

In der vorigen Woche, als im Reichstag das Aufwertungsgesetz zur Debatte stand, ging durch die SPD.-Presse eine Meldung, die die Stichmarke trug: „Wozu Geld da ist! — Für abgebaute Fürsten, aber nicht für die kleinen Sparer." Darin wurde gesagt, daß das braunschweigische Oberlandesgericht in dem Prozeß des früheren Herzogs von Braunschweig gegen den braunschweigischen Staat einen Vergleich verkündet hat, der dem Ex-Herzog eine Rente von 250 000 Mark jährlich zuspricht. Die SPD.-Presse fügte hinzu, für die Sozialdemokratie sei dieser Vorschlag „natürlich unannehmbar".

Nach dieser sozialdemokratischen Meldung zu urteilen, sieht es so aus, als führe die SPD. einen Kampf gegen die Geldgeschenke an die 1918 verjagten Fürsten. Es handelt sich jedoch um ein plumpes Ablenkungsmanöver. **Denn bereits unter der sozialdemokratischen Regierung des Freistaates Braunschweig wurde dem Herzog ein Vergleichsvorschlag gemacht, der ihm jährlich 250 000 Mark Einnahmen aus Domänen und Forsten verschaffte.** Er sollte das Schloß Blankenburg, die obere Mühle, die Forstamtsbezirke Heimburg, Blankenburg, Wientode und Hasselfelde 1, sowie das ehemalige Forstjagdbehör mit dem Zubehör an Forstämtern und Försterdienstgehöften erhalten. Dazu mehrere Domänen mit Inventar und riesigen Forsten sowie das Gestüt Bundheim. Die jetzige Hakenkreuz-Stahlhelm-Regierung sollte sich außerdem noch verpflichten, 100 000 Mark für das Faulenzerleben des Herzogs extra zu zahlen. Bei dem Entscheid des Oberlandesgerichts wurde der sozialdemokratische Vorschlag als Grundlage angenommen.

Die Sozialdemokraten, die jetzt Zeter und Mordio über die Unverschämtheit dieser Forderungen schreien, **sind die eigentlichen Schuldigen.** Sie sind in Braunschweig wie im übrigen Reiche im November 1918 nicht dazu übergegangen, die abgesetzten Fürsten zum Teufel zu jagen und ihre Vermögen zu beschlagnahmen, sondern im Gegenteil, sie haben in Preußen, in Thüringen und in Sachsen durch Zahlung hoher Renten diesen Burschen ein Schlemmerleben ermöglicht. Und das alles auf Kosten der werktätigen Massen, der Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen.

Die KPD. wird in Braunschweig gegen dieses Millionengeschenk die Massen mobilisieren. Sie wird es nicht unterlassen, die Rolle der SPD., die sich auch hier wieder zeigt, der gesamten Arbeiterschaft klarzumachen.

Der Zentrumsweg zu Hindenburg

In einer Vertrauensmännerversammlung der württembergischen Zentrumspartei führte der Reichstagsabgeordnete André aus, daß Marx im Wahlkampf nur infolge der Uneinigkeit der deutschen Katholiken unterlegen sei.

Die Führung der Reichspolitik sei vom Zentrum auf die Deutschnationalen und die Volkspartei übergegangen. Nach der Wahl sei die Frage aufgeworfen worden, ob das Zentrum noch weiter in der Regierung bleiben sollte. Das Zentrum könne keine Politik der Verärgerung treiben. André, der das sagte, ist ein „linker" Zentrumsmann.

Der württembergische Innenminister Bolz, der erst kürzlich auf der Tagung des Reichspräsidiums vorstandes eine noch engere Anlehnung an den monarchistischen Block befürwortet hatte, betonte, daß das auch ganz seine Meinung sei. Bisher habe das Zentrum seine Aufgabe darin erblickt, die Sozialdemokratie zum Staatsgedanken zu erziehen, jetzt würde man das Gleiche bei den Rechtsparteien tun. Das letztere ist nichts weiter als eine lächerliche Phrase zur Beschönigung des Bündnisses mit den Monarchisten. Soviel geht jedenfalls aus den Ausführungen der beiden Zentrumsführer hervor, daß bei den „linken" wie bei den rechten Zentrumsleuten volle Einmütigkeit darüber herrscht, daß der **„Volksblock" endgültig zu Grabe getragen ist.**

Severing und der Liebe Gott

Sozialdemokratische Arbeiter, Freidenker, seht Euch Eure Führer an!

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 26. Mai.

Am Montag wurden im Barmat-Ausschuß des Preußischen Landtages mehrere Zeugen, darunter auch Severing, vereidigt. Auf die Frage des Vorsitzenden Leibig, ob er den Eid in göttlicher oder weltlicher Form leiste, antwortete Severing: **„In göttlicher Form."** Er bekräftigte dann seine Aussagen mit einem **„So wahr mir Gott helfe".**

Bundestagung der Liga für Menschenrechte

Für die Freilassung der politischen Gefangenen

(Eig. Drahtm.) **Chemnitz**, 25. Mai.

Der Landesverband Sachsen der bürgerlichen Liga für Menschenrechte hielt gestern in Augustusburg seinen Bundestag unter Teilnahme von 70 Vertretern ab. Es wurden Telegramme an den Reichspräsidenten, Reichskanzler und Justizminister mit der Forderung der Amnestie für alle politischen Gefangenen gesandt.

Ferner wurde ein Aktionsprogramm aufgestellt, das sich u. a. gegen einen Konflikt mit Polen und gegen die Schutzzollvorlage wendet.

160 Reichswehrselbstmorde in einem Jahr!

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 26. Mai.

Nach der Statistik des Reichswehrministeriums haben im Jahre 1924 160 Reichswehrsoldaten Selbstmord begangen.

*

Das ist eine geradezu grausige Statistik, die ihre Erklärung nur finden kann in unmenschlichen Schikanen durch monarchistische Offiziere, die die „alte Disziplin" den Soldaten, Proletariern im Waffenrock, eintrillern wollen. Reichswehrsoldaten und Arbeiter gehören darum zusammen. Sie haben einen gemeinsamen Feind: Die reaktionäre Offiziersclique der Hindenburgianer.

Von der 2. Internationale

London. Die 2. Internationale hat beschlossen, eine Balkankonferenz nach Prag einzuberufen, die „die Mittel beraten soll, die es der Internationale ermöglichen", an Ort und Stelle die Ereignisse zu überwachen und ihrem Willen zur Demokratie und zum Frieden sichere Geltung zu verschaffen." Eine Kommission soll dann auf dem internationalen Kongreß im August darüber Bericht erstatten.

*

Der Kongreß der 2. Internationale soll am 22. August in Marseille stattfinden.

Amundsens Nordpolflug

Das Unternehmen des norwegischen Polarfahrers Amundsen bildet gegenwärtig die Sensation der fünf Erdteile. Obgleich er, der am 21. Mai, nachmittags um 5 Uhr, Kingsbay (auf Spitzbergen) verlassen hat, aus Raumökonomie keinen Radioapparat an Bord führt, sind trotzdem die großen internationalen Sensationsblätter voll von „authentischen" Berichten über den Verlauf seines Polarfluges. Eine amerikanische Kabelmeldung berichtet von „günstigem Verlauf" des Amundsenschen Fluges. Nach einem Radiotelegramm aus Oslo, der Hauptstadt Norwegens, hat Amundsen am 22. Mai, früh 6 Uhr, den Nordpol überflogen. „Amundsen sei auf dem Rückflug." Wenn Amundsen in der Tat keinen Radiosender mit sich führt, so handelt es sich bei all diesen Meldungen um aus den Fingern gesogene „Wippchen"-Berichte der kapitalistischen Geschäftspresse.

Eine andere Meldung dürfte dagegen besser begründet sein. Ein Kabel aus Neuyork meldet, daß Amundsen den Nordpol nach dem König von Norwegen genannt habe, und ein norwegischer Bericht spricht davon, daß Amundsen das Land um den Nordpol herum annektieren werde, „eine Tatsache, die zu einigen Reibungen zwischen Norwegen, Amerika und Kanada Anlaß geben könnte". Zweifellos wird Amundsen bei Gelingen seines „Unternehmens" auf die übliche politische Annektion nicht verzichten.

Auch dieses grotesque Unternehmen, dem die Anerkennung zu verweigern wir die letzten sind, spielt sich also in den für den Kapitalismus charakteristischen Formen ab: Phantastischer Lügenrummel der internationalen Sensationspresse und politische „Annektions"-Gegensätze selbst auf einem Gebiet, wo derartige politische Gesten jeden Sinn verlieren, und wo der Annexionismus sozusagen in der leeren Luft herumfuchtelt, wie Münchhausens Arm, der nach beendeter Schlacht seinen Degen noch stundenlang weiterschwang.

Inzwischen sind immer noch keine Nachrichten von Amundsen eingelaufen, so daß zu Befürchtungen Anlaß gegeben ist, daß den kühnen Nordpolfahrern ein Unglück zugestoßen ist. Aus Amerika kommen Meldungen, daß man bereit ist, Flugzeuge in das Nordpolgebiet zu senden, um nach Amundsen zu forschen.

Noch keine Nachricht von Amundsen

(TU.) **Neuyork**, 25. Mai.

Die Meldungen, die von dem Dampfer „Fram" gekommen sind, geben zu, daß Amundsen ein Unglück zugestoßen sein muß. Die Meterologen erwarten einen Sturm, der von Nordrußland über Sibirien nach dem Nordpol zugehen wird. Also Amundsen müsse von dem Sturm Kenntnis haben und unverzüglich zurückkehren.

Der ADGB. kündigt Kampf gegen Zollwucher an

Unter dieser Ueberschrift bringt das hallische „Volksblatt" vom 23. Mai folgende Radiomeldung aus Berlin:

Der Reichsernährungsminister hatte für Freitag die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften eingeladen, um ihnen die Notwendigkeit einer Schutzzollpolitik klarzumachen. (!) Im wesentlichen benutzte er die Argumente der Regierungsvorlage, um die Zollpolitik zu verteidigen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der bei den Besprechungen ebenfalls vertreten war, legte durch seinen Vertreter Verwahrung gegen den ganzen inneren Kurs der Reichsregierung ein und kündigte für das Gros der deutschen Arbeiterschaft, das heute freigewerkschaftlich organisiert ist, den gemeinsamen Kampf der Parteien und der Gewerkschaften gegen den geplanten Großwucher an.

Zur gleichen Zeit nimmt der ADGB. in der „Gewerkschaftszeitung" Nr. 21 Stellung: **„Zur kleinen Zollvorlage. Gegen den Brotwucher".** Mit Recht wird in diesem Artikel klargelegt, daß Schutzzölle **Preissteigerung** bedeuten, und daß unter den von der Luther-Regierung beabsichtigten Getreidezöllen gerade auch die Kleinbauern leiden müssen, die selbst gar kein Getreide für den Verkauf bauen, sondern im Gegenteil meist noch Brot- und Futtergetreide kaufen müssen. Zum Schluß wird in der „Gewerkschaftszeitung" erklärt:

„Darum müssen **die Gewerkschaften** und die Sozialdemokratische Partei gegen diese Zollvorlage mit aller Macht ankämpfen, und, falls sie doch noch Gesetz werden sollte, durch **Wirtschaftskämpfe um höhere Löhne** einen Ausgleich der kommenden Teuerung herbeiführen."

Diese Worte des ADGB. klingen ganz schön, und die Arbeiter in den einzelnen Verbänden und Branchen werden **den ADGB. beim Wort nehmen bei allen Lohn- und Arbeitszeitkämpfen!**

Aber den Worten des ADGB. stehen Tatsachen entgegen, die nur allzu deutlich bekunden, daß **der ADGB. in Wahrheit keinen Kampf** gegen die Zollauswucherung der breiten Massen führen wird.

Die SPD., die der ADGB. als seine parlamentarische Vertreterin anpreist, und in deren Reichstagsfraktion namhafte Gewerkschaftsführer sitzen, hat bereits den „Kampf" gegen die Zollvorlage umgebogen in einen Kuhhandel um eine „Aenderung" des geplanten Zolltarifs, und auch diesen Kuhhandel hat die SPD. gebunden an eine Zusage ihrer kapitalistischen Koalitionsfreunde der Demokraten und des Zentrums, des Zentrums, das in allen Zollverhandlungen stets im Lager der Zollbefürworter gestanden hat! Der „Vorwärts" schreibt:

„Was die Sozialdemokratie im Kampf um den Zolltarif mit voller Aufrichtigkeit und ohne alle Nebenabsichten anstrebt, ist der sachliche Erfolg. Dieser sachliche Erfolg, die Umgestaltung des Zolltarifs im Interesse der ganzen Wirtschaft und der ungeheuren Mehrheit des Volkes kann nur erreicht werden, wenn Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum eine gemeinsame Linie des Handels bilden. Ob diese Linie zu finden ist und ob außerhalb der Sozialdemokratie die Absicht besteht, sie zu finden, wissen wir noch nicht."

Dieses Umkippen, das in Wirklichkeit das System der Sozialdemokratie und aller Reformisten ist, kann denjenigen nicht verwundern, der die sozialdemokratische Zustimmung der SPD. zur sogen. „Kleinen Zollvorlage" (Industrie-Schutzzölle) noch nicht vergessen hat und der weiß, daß der **Agrarzoll-Befürworter Max Cohen** prominenter SPD.-Vertreter im Reichswirtschaftsrat ist.

Wenn nun noch nach der **„Vorwärts"-Meldung** vom 23. Mai der ADGB. „Verwahrung einlegt" lediglich gegen die Innenpolitik der Luther-Regierung und ausdrücklich, wie das auch die sozialdemokratische Ablehnung des kommunistischen Regierungsmißtrauensantrages im Reichstag ergeben hat, ihre **Außenpolitik gutheißt**, so ist klar, wie wenig ernst es dem ADGB. auch mit dem Kampf gegen die Zollausplünderung der Arbeiterklasse ist.

Das **Lebensniveau** der breiten werktätigen Massen ist so tief gesunken, daß **gewerkschaftliche Lohnkämpfe unbedingt erforderlich** sind, auch ohne die neue Ausplünderung durch die Zölle. **Industrie- und Agrarzölle** müssen von der Arbeiterschaft **bekämpft werden**, nicht allein durch Lohnkämpfe, sondern **durch großen, geschlossenen Kampf gegen diese Zölle selbst.** Ueber dieses Kapitel schweigen ADGB. wie SPD. Der ADGB. verschweigt auch, daß die KPD. die Zölle grundsätzlich bekämpft, und daß sie in ihrem Offenen Brief die Hand zur gemeinsamen Kampforganisierung aller durch die monarchistische Reaktion herbeigeführten Verschlechterungen geboten hat. Je mehr der ADGB. hierüber schweigt, desto mehr müssen die Arbeiter selbst in ihren Gewerkschaften die Fragen aufrollen und die Antwort geben, die allein aus dem Dawes-Elend herausführt: **Breiteste Massenaufklärung, Kampf gegen die Zölle, engste wirtschaftliche Verbindung mit Sowjet-Rußland, energischer Kampf der Luther-Stresemann-Regierung.**

Die Pachtschutzordnung vor dem Wohnungsausschuß des Reichstags

Die Erwartungen, welche die Kleinpächter und Heuerlinge an die Aenderung der Pachtschutzordnung knüpften, werden durch die jetzige Abänderung auch nicht im geringsten erfüllt. Alles bleibt beim alten. Die Zusammensetzung der jetzigen Pacheinigungsämter bleibt bestehen. An der kurzen Dauer der Pachtverträge wird nichts geändert. Bei der Pachtfestsetzung soll als Normpreis der von der Landwirtschaftskammer festgesetzte Normpachtpreis gelten. (Die Zusammensetzung der Landwirtschaftskammer bietet den Verpächtern die Gewähr dafür, daß sein Interesse voll und ganz wahrgenommen wird.) Der Kleinpächter soll nach wie vor die Kosten für die Anrufung der Pacheinigungsämter tragen. Was im Interesse der Kleinpächter geschehen müßte, zeigt der Antrag der Kommunisten, der aber von allen Parteien abgelehnt wurde.

Der Antrag lautet:

Der Ausschuß wolle beschließen:

Der Reichstag wolle beschließen, zur Wahrung der Interessen der Kleinpächter sind anstelle der bisherigen Pacheinigungsämter für die Gewerbegerichtsbezirke Kleinpächterkammern auf Grund allgemeiner und direkter Wahl durch alle kleinen, mittleren Pächter, Heuerlinge und Zupächter zu bilden. Die Kleinpächterkammern haben das Recht,

1. innerhalb ihres Bezirks allgemeine Pachtbestimmungen zu erlassen;

2. Die Pachtbedingungen für einzelne Pachtverträge und ganze Pachtergruppen festzusetzen;

3. bei allen Streitigkeiten, die aus einem Pachtverhältnis entspringen, entscheiden die Kleinpächterkammern endgültig.

Der Vorsitzende sowie die Beisitzer müssen Kleinpächter sein.

Der Vorsitzende sowie die Beisitzer werden von den Kleinpächtern des Gewerbegerichtsbezirks gewählt.

Die Kosten für die Errichtung der Kleinpächterkammern übernimmt das Reich.

Den Kleinpächtern dürfen durch die Anrufung der Kleinpächterkammern keine Kosten entstehen.

Hitler staatenlos

Berlin, 24. Mai.

Wie die Morgenblätter aus München melden, hat jetzt die österreichische Regierung offiziell bekanntgegeben, daß Adolf Hitler die Zugehörigkeit zum österreichischen Staat aberkannt worden ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250526-12/fragment/page=0002

Auf dem Wege der Massengewinnung

Die politische Geschlossenheit des Bezirkstages im Sinne der Bolschewisierung

Am zweiten Tage des Bezirksparteitages erhielt nach Erledigung der Diskussion zu den Berichten der Bezirksleitung die Vertreterin der Zentral der KPD., die Genossin **Ruth Fischer**, das Wort zum

Politischen Referat

Die Genossin Ruth weist eingangs ihrer Rede zunächst die Ansichten rechtsstehender Genossen, als bedeute die taktische Wendung **der Partei ein Zurück mit vollen Segeln, energisch zurück.** In der deutschen Partei seien unter der alten Führung brennende Fragen nie ganz und nie richtig ausgetragen worden. So hat man nie aus den Fehlern richtig lernen können. Wenn wir aber heute diskutieren, **dann tun wir es nur, um aus den Fehlern der Vergangenheit wirklich zu lernen.** Und dieses **gemeinsame Lernen,** um in Zukunft Fehler zu vermeiden, das sei die **Hauptaufgabe** auch **dieses Bezirksparteitages.**

Dann gibt die Referentin einen gedrängten Bericht über die

Hauptresultate der letzten Exekutiv-Sitzung.

Die **Brandler-Fraktion** glaubte, daß die Beschlüsse des 5. Weltkongresses **liquidiert** werden würden. Aber der Kern der Verhandlungen ist der gewesen, daß gerade **diese Linie erneut bestätigt** wurde, **und daß mit aller Entschiedenheit gegen alle Liquidatoren,** und insbesondere gegen Brandler Stellung genommen wurde. Die Genossen **müssen diese Angelegenheit politisch sehen und nicht** so, wie manche **Genossen,** die da meinen, man müsse Brandler ausschließen, um „Ruhe" zu haben. Für Kommunisten gibt es keine Ruhe, **wir sind eine Kampfpartei,** und es ist Kleinbürgerei, zu glauben, **daß mit Gemütlichkeit Parteipolitik** gemacht werden könnte.

Die Genossin Ruth Fischer geht dann über zu der

allgemeinen politischen Situation

Sie konstatiert, daß die heutige Situation eine ganz andere ist, als die vom Jahre 1923, wo auf der Tagesordnung der Geschichte für die kommunistische Partei die Uebernahme der Macht stand. Aus der Tatsache, daß es **keine akute revolutionäre Situation** gibt, folgern die Sozialdemokraten, daß es nun endgültig aus sei mit der Revolution. Da die Revolution vorbei sei, so argumentieren die Sozialdemokraten, müsse man sich jetzt einigen in der alten SPD. Rechte Liquidatorenstimmungen sind in diesem Zusammenhang sehr gefährlich. Es gibt schwankende Genossen, die vorzeitig zusammenbrechen, weil ihnen der Weg der Revolution zu lang und weil sie das Ziel nicht deutlich genug vor sich sehen. Wie liegen aber die Dinge wirklich? Daß wir keine akute revolutionäre Situation haben, bedeutet nur, daß **der Kapitalismus eine Atempause bekommen** hat. Die **Widersprüche der imperialistischen Mächte** sind alles andere als ausgeglichen. Sie haben sich im Gegenteil **dauernd verschärft.** Der Völkerbund ist ein Gespött der Welt. **Das Zeitalter des Imperialismus bleibt das Zeitalter der Weltrevolution.**

In diesem Zusammenhang ist wichtig, **das Bestehen der proletarischen Festung Sowjet-Rußland.** Trotz aller Rückschläge, die die Arbeiterklasse in Westeuropa erlitten hat, bleibt **Sowjet-Rußland nach wie vor die erste Etappe auf dem Wege der Weltrevolution.** Sowjet-Rußland ist ein dauerndes Hindernis für die brutale imperialistische Kolonialpolitik der kapitalistischen Mächte, jede Rechnung der Imperialisten wird durch Sowjet-Rußland unsicher gemacht. Das ist umso bedeutungsvoller, als **keine Frage des Krieges bisher gelöst** worden ist. Ueberall, ob in Marokko, oder in China, oder in dem Verhältnis Amerikas zu Japan — überall ist eine Fülle ungelöster Probleme zu erkennen. Das **Rüstungsfieber** zu Wasser, auf dem Lande, in der Luft, auf dem Gebiete der chemischen Gifte ist schlimmer denn je. Alle **Friedenskonferenzen** waren bisher nur Hinauszögerungen der großen Konflikte.

Wenn in diesem Augenblick besonders die **englischen Gewerkschafter** nach Sowjet-Rußland hinneigen, so ist das nicht bloß eine organisatorische Frage der englisch-russischen Gewerkschaftseinheit, sondern ist eine **hochpolitische Angelegenheit** insofern, als diese Bewegung ein **Ausdruck der richtigen und gesunden Arbeiterstimmung in England** ist, in **Sowjet-Rußland das Bollwerk gegen den Imperialismus zu sehen.**

Wie wenig die **Probleme der Kriegs- und Nachkriegszeit** gelöst sind, zeigt drastisch

die heutige Lage Frankreichs.

Frankreich steht vor der Alternative: **entweder ähnlich wie Deutschland dawisiert zu werden, oder genau so wie Deutschland in eine Valuta-Katastrophe hineinzustürzen.** Wenn diese Krisenerscheinungen auch viel langsamer sich entwickeln wie seinerzeit bei uns in Deutschland, so scheint es so, **als ob sie jetzt durch das Marokko-**Abenteuer der französischen Bankiers aufs höchste verschärft werden sollen. **Die revolutionäre Bewegung von Frankreich schreitet fort,** die KPF. wird große Erfolge buchen können.

Vor allem aber gibt die Lage der Arbeiterklasse den Sozialdemokraten noch lange keine Ursache, von einem endgültigen „Aus" zu faseln. **Wohl ist die Arbeiterklasse deprimiert, aber noch lange nicht zerschmettert.** Wir haben uns einen sehr gesunden und sehr guten Kern revolutionärer Massen erhalten. Unsere Schlappen sind in keinem Fall zu vergleichen mit den katastrophalen Niederlagen, die die französische Arbeiterklasse nach der Kommune 1871 und die russische Arbeiterklasse nach der Revolution von 1905 erlitten haben.

Damit geht die Referentin über auf

die besondere Lage in Deutschland

Vom Jahre 1918 **bis 1923** bestand die Möglichkeit der raschen Machtübernahme durch das Proletariat. In dieser Zeit stand der deutschen Bourgeoisie das Gespenst der proletarischen Revolution ständig vor Augen. **Inzwischen haben die Unternehmer das Zittern verlernt.** Seeckt, ADGB., Ausnahmegesetze und Ausnahmezustände, für die die SPD. voll verantwortlich ist, haben zunächst das deutsche Proletariat niedergedrückt. Die deutsche Kapitalistenklasse ist augenblicklich bestrebt, sich als eine imperialistische Macht emporzuarbeiten, indem sie gleichzeitig den Fuß auf den Nacken des Proletariats hält. Diese neue Situation im Jahre 1925 bedeutet, daß **unsere grundsätzliche Auffassung von der KPD., als der einzigen Arbeiterpartei, und von der Notwendigkeit der Organisierung der Revolution nach wie vor richtig ist, daß aber diese Organisierung heute vorwiegend darin besteht, die Kleinkämpfe des Proletariats zu führen und zu organisieren.**

Heute **haben wir die Aufgabe, das Wesen der Dawes-Kolonie Deutschland deutlicher zu machen.** Heute müssen wir schärfer die Bestrebungen des deutschen Finanzkapitals, unter anglo-amerikanischer Botmäßigkeit und auf Kosten des deutschen Proletariats sich wieder den Platz an der Sonne, d. h. an der Weltwirtschaft zu erobern, herausheben.

Es ist klar, daß diese **neuimperialistischen Tendenzen** andere Formen annehmen müssen, als vor dem Kriege. Der deutschen Bourgeoisie sind die Flügel außerordentlich beschnitten worden. Das kapitalistische Deutschland besitzt nicht mehr das Saargebiet, Oberschlesien, Danzig, Polen und Teile von Westpreußen, der deutschen Bourgeoisie ist eine große Wehrmacht und eine imposante Flotte genommen. Das bedeutet, daß die **deutsche Bourgeoisie nur im Schatten eines größeren Räubers mitrauben** kann. In diesem Zusammenhang ist der Sinn der **Hindenburg-Wahl** der, daß Deutschland **nach der englischen Seite hin orientiert** ist, wobei allerdings nicht Deutschland die Initiative hat, sondern wobei **der englische Imperialismus Deutschland geschickt gegen Frankreich und Rußland ausspielt.** In diesem Sinne ist Hindenburg den englischen Imperialisten durchaus ein angenehmer Kandidat, der der geeignetste Mann ist, **im Bedarfsfalle gegen Sowjet-Rußland zu Felde zu ziehen.**

Die Referentin beschäftigt sich sodann mit den Problemen, die aufgetaucht sind durch

die monarchistische Gefahr.

Wir Kommunisten haben stets betont, daß die bürgerlich-demokratische Republik nie etwas anderes sein kann, als eine Maskerade der kapitalistischen Diktatur. Wir haben aber gleichzeitig nie abgeleugnet, daß **der Boden der demokratischen Republik ein besserer Kampfboden für das Proletariat** ist, als der Boden der Monarchie. Von diesem Standpunkt aus muß auch die monarchistische Gefahr betrachtet werden. Wir müssen uns dessen allerdings bewußt sein, daß die monarchistischen Tendenzen von heute andere sind, als die vor dem Kriege.

Nach dem SPD.-Rezept gibt es **zwei Arten von Kapitalismus:** einen guten Kapitalismus, das ist der des Liberalismus der Industrie auf dem Boden der demokratischen Republik, und einen schlechten Kapitalismus, das ist die Herrschaft der Großagrarier, der Monarchismus bedeutet. Die SPD. verdummt systematisch die Massen, wenn sie es so darstellt, als ob der Monarchismus immer diesen feudalen großagrarischen Einschlag der Vorkriegszeit haben müßte. Es ist ganz klar, daß die SPD. **diesen ihren „Kampf gegen den Monarchismus"** nur führt, damit sie **um so ungehinderter mit der Schwerindustrie Koalitionspolitik betreiben könne.**

Der heutige Monarchismus basiert selbstverständlich vorwiegend auf den **finanzkapitalistischen Kreisen.** Nicht Monarchismus und Großagrariertum sind heute eine Einheit, sondern der Monarchismus ist heute **weniger** denn je von den **Großkapitalisten der Industrie und der Banken** zu trennen.

Welche Aufgaben hat **dieser** Monarchismus? Er hat die Aufgabe, vor allen Dingen **die großen Massen der Kleinbürger an die Interessen der Schwerindustrie** zu binden. Sozial und national kann das Finanzkapital diesen kleinbürgerlichen Massen nichts geben. Umsomehr werden diese kleinbürgerlichen Massen dann mit monarchistischen Klimbim gefüttert. Und sie sind umso aufnahmefähiger für diesen Monarchismus, als sie zu sehr großen Teilen sich **aus der Enttäuschung über die Republik infolge des sozialdemokratischen Verrates zu Hindenburg geflüchtet haben.**

Unser Hauptfehler in der Vergangenheit

bestand darin, daß wir **nicht frühzeitig genug diese monarchistischen Tendenzen aufgezeigt und nicht stichhaltig genug die Demagogie des sogenannten Volksblocks entlarvt** haben. Der **Volksblock** ist nichts anderes als eine Institution, die die **Arbeiter als gemeines Fußvolk ausnutzt für die einzelnen Fraktionsinteressen der deutschen Bourgeoisie.** Wie haben die Weimaraner bis jetzt gegen die Kommunisten gekämpft? Bis zur Stabilisierung erklärten sie stets, wir können leider nicht so die Interessen des Proletariats vertreten, wie wir wollen, weil das Geld noch nicht stabil ist und die Reparationsfrage noch nicht gelöst ist. Nach dem Oktober erklärten die Weimaraner von ihrem Standpunkt aus sehr geschickt: heute könnten wir manches für das Proletariat durchsetzen, z. B. den **Achtstundentag, wenn nur nicht die Kommunisten** wären, die uns bei jedem Schritt in den Rücken fallen. Die **Hauptagitation** der Weimaraner bestand also darin, daß sie uns ständig des Zusammengehens mit den Deutschnationalen bezichtigt haben. Wir wissen, daß das **ein ganz infamer Schwindel** ist. **Aber es kommt darauf an, daß es auch die Millionen der Proletarier wissen, die leider noch an den Volksblock-Schwindel glauben.** Darum ist

unsere zentrale taktische Aufgabe heute, den Volksblock-Knebel zu zerstreuen,

um freie Bahn für die revolutionäre Bewegung zu bekommen. In diesem Sinne ist unser **Offener Brief** und unsere neue Taktik in den Parlamenten nur so zu verstehen, daß wir an **Hand praktischer Beweise** den Massen zeigen wollen, daß jene lieber mit den Monarchisten zusammen regieren, als die Interessen des Proletariats wirklich zu vertreten, und daß **wir Kommunisten die einzigen sind, die den Kampf gegen den Monarchismus führen.**

Welche Entwicklung wird der Klassenkampf in Deutschland nehmen?

Hindenburg ist selbstverständlich noch nicht das Ende. Man ist drauf und dran, **auf parlamentarischem und legalem Wege selbst die bürgerliche Republik und die bürgerliche Verfassung abzubauen.** Es wäre die Aufgabe des Volksblocks, der doch republikanisch sein will, gegen die beabsichtigte Verschlechterung des Wahlrechts, gegen die Beschneidung der Rechte des Parlaments usw. den Kampf zu führen. Aber wir sehen, daß **dieser Volksblock sich in seine Teile bereits aufzulösen beginnt.** Manche Teile dieses Volksblocks gehen sogar **ganz offen** mit den Monarchisten. Dadurch ist zwar der Volksblock heute bereits sehr geschwächt. **Er ist keine reale Kraft gegen das Finanzkapital, aber trotz seiner Schwächung immer noch eine reale Kraft zum Arbeiterbetrug.** Darum müssen wir jetzt gerade umso entschiedener nachstoßen, um ihn restlos zu entlarven.

Das bedeutet, daß wir diejenigen Schichten des Proletariats und auch des Kleinbürgertums, der kleinbäuerlichen, ländlichen Bevölkerung, die zwischen uns und dem Kapital stehen, **unter unsere Führung bringen.** Parteipolitisch bedeutet das für uns, daß wir eine **größere Elastizität** in unserer Taktik anwenden müssen, das bedeutet aber auch innerparteilich, daß wir **größeres Vertrauen** haben müssen zur Führung der Partei, daß wir **schärfer den Kampf gegen rechts** führen müssen und, daß wir **so geschlossen wie nur irgend möglich** auftreten müssen.

Unter diesem Gesichtswinkel ist der praktische Charakter unserer Kampagne klar:

> **wir dürfen selbstverständlich nicht beim Offenen Brief stehen bleiben, sondern müssen seine Taktik ständig und gesteigert fortführen in den Betrieben und Gewerkschaften, und zwar für unmittelbare, konkrete Ziele.**

Hier weist die Referentin noch einmal auf die ungeheure Bedeutung, die der Kampf um die Gewerkschaftseinheit in dieser Hinsicht hat, hin.

In ihren Schlußausführungen beschäftigt sich sodann die Genossin Ruth Fischer mit der

innenparteilichen Lage der KPD.

Sie weist nach, daß das Liquidatorentum und der Opportunismus die gemeinsame Mutter von vier Kindern ist, nämlich der KPD., der Paul Levi-Gruppe, der Brandler-Leute und der Ultra-Linken. Sie alle sehen sich sehr ähnlich insofern, als sie alle vier **die typische westeuropäische Abweichung vom Leninismus aufzeigen. Alle diese** genannten Strömungen haben die Rolle der Partei nicht begriffen, sie kennen nicht den Begriff der Organisierung der Revolution, sondern geben sich hin einer mythischen Verehrung der Massen und **erhoffen alles von der Spontanität des Proletariats.** Sie haben vor allem auch nicht die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern unter proletarischer Führung begriffen.

Die Kommunistische Partei wird nach wie vor gegen diese rechten und ultralinken Abweichungen den entschiedenen Kampf führen. Der Frankfurter Parteitag war die Festlegung unserer Grundsätze. Wir werden auf keinen Fall hinter diesen Frankfurter Parteitag zurückgehen, sondern werden **vorwärts marschieren** im Interesse der Partei und im Interesse **des gesamten Proletariats.**

Diskussion zum politischen Referat

Bei der nun einsetzenden Diskussion nach der Mittagspause spricht der Genosse **Benkwitz (Zeitz).** B. hegt starke Befürchtungen bezüglich der Taktik und weist auf verschiedene Fälle hin, bei denen er befürchtet, daß die KPD. ihr eigenes Gesicht nicht zu wahren vermöge und ins Schlepptau der SPD. gelangen könne. Am Schluß seiner Ausführungen **verspricht er loyal** die Beschlüsse durchzuführen.

Genosse **Ahlers (Eisleben)** führt aus: die Rechten haben keinen Grund zu jubeln. Die Partei steht und wird auch in Zukunft auf der Plattform **des Frankfurter Parteitages** stehen. Die jetzt anzuwendende Taktik ist nichts anderes als eine **Erweiterung dieser Beschlüsse.** Die Abstreifung der rechten Elemente im Mansfelder Land hat einen relativen Aufschwung gebracht. **Es gilt, den Feind mit** den eigenen Waffen zu schlagen.

Genosse **Lehmann (Piesteritz)** hält es für notwendig, eine **populäre** Form für unsere Politik zu finden. Die Massen haben unsere Politik nicht in genügendem Maße verstanden. **Als Vertreter** seiner Ortsgruppe steht er rückhaltlos hinter der Linie der Partei. Er verspricht eine **freudige Mitarbeit.** Am Schluß seiner Ausführungen kommt er noch auf die Politik des letzten Jahres zu sprechen, die für die grundsätzliche Schulung und Grundsatzfestigkeit der Parteigenossen **unbedingt notwendig war.**

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte **wird beschlossen,** dem Genossen Reinhold Schoenlank, der als Gast auf dem Parteitag anwesend ist, das Wort zu geben.

Zuerst spricht noch der Genosse **Schneller** von der Zentrale. Er geht noch einmal kurz und prägnant auf die Brandler-Zeit der Partei ein. Er zeigt die großen Mängel auf, die Brandler dadurch gehabt habe, daß er es vollkommen versäumt habe, die Parteimitglieder zu schulen und zu handelnden Kommunisten zu erziehen. Brandler hat **nie die Rolle der Partei begriffen.** Er war Anhänger der Spontanitätstheorie. **Ohne revolutionäre Theorie sei keine revolutionäre Praxis möglich.** Auch hier im Bezirk mangele es noch stark an der Schulung der einzelnen Mitglieder. Ein Beweis dafür sei das geringe Lesen der „Internationale", die viel zu wenig von den Parteigenossen studiert werde. Man muß die Thesen, die die Partei aufstellt, nicht nur lesen, sondern sie **praktisch anwenden,** dann würde man auch auf den gefährlichen Gebieten der Gemeindepolitik nicht mit der SPD. über Nachtwächterposten kuhhandeln, sondern durch Tatkraft und Energie den Feind ins Schlepptau nehmen. Es gelte in jedem einzelnen Fall, **die Rolle der SPD. als einer bürgerlichen Partei nachzuweisen.** Man müsse eine konkrete und keine abstrakte (allgemeine) Politik treiben. Wir dürfen nicht von einer neuen Taktik sprechen. Die Beweglichkeit, die die Partei bekommen soll, ist nichts anderes, als daß **ihre Politik** frische **politische Lebendigkeit und Aktualität** gewinnt.

In seinen kurzen Ausführungen glaubt der Genosse **Schoenlank,** daß Grundsatz und Taktik nicht zu trennen seien. Grundsatz und Taktik bilden die Handlung. Es kommt darauf an, daß die Partei eine Taktik führt, ohne dem Opportunismus zu verfallen. Sch. sieht in der Linie der Partei eine Annäherung an Brandler und ist darum mit der augenblicklichen Parteilinie einverstanden. Am Schluß seiner Ausführungen hofft er, daß einem **Antrag auf Aufhebung des Redeverbotes** stattgegeben wird.

Der Genosse **Landemann** führt aus, daß **auch weiterhin allen** liquidatorischen Tendenzen mit aller Schärfe entgegengetreten werden muß. Die starre Linie war bedingt durch die starken opportunistischen Strömungen, die wir als Erbe der Brandler-Zeit zu überwinden hatten.

Im

Schlußwort der Genossin Ruth Fischer

wird bemängelt, daß in der ganzen Diskussion niemand auf die Perspektive, niemand auf die Analyse, die sie in ihrem Referat gegeben habe, eingegangen sei. Es gelte heute, sein Augenmerk auf die Teilforderungen zu richten, ohne das Endziel zu einer **Sonntagspredigt** zu machen. Es gelte, den Genossen immer wieder zu sagen: Studiert mit allem Eifer die russischen Fragen, die Taktik der Bolschewiki. Neutralität sei heute das Schlimmste, wenn zwei große Machtgruppen in Konflikt kommen. Als warnendes geschichtliches Beispiel führt sie den **Kapp-Putsch** an und für Bulgarien die **Kämpfe zwischen Stambulinski und Zankoff.** In beiden Fällen hat sich dieses neutrale Verhalten auf das schwerste gerächt. Wir befinden uns heute in derselben Situation, wie in diesen beiden genannten Fällen. Es gelte heute, nicht in der SPD. **einen großen Bruder zu gewinnen, sondern einen mächtigen Feind zu schlagen.** In einer solchen Situation vermag eine geschickte Taktik die Massen hinter uns zu bringen und die SPD. als eine bürgerliche Partei zu entlarven. Genossin Ruth Fischer zeigt noch einmal den grundsätzlichen **Unterschied zwischen Brandlerischer Taktik und der heutigen Taktik.** Sie fügt hinzu, daß sich die Zentrale für die gnädige Verzeihung der rechten Elemente in der Partei bedanke. Weder derjenige, der nur mit Schimpfworten und groben Klötzen die SPD. abfertige, noch derjenige, der mit Salonmanieren und parlamentarischer Höflichkeit mit der SPD. verhandele, werde einen Erfolg erringen. Nur wenn wir lernen geschickt und **für die breiten Massen verständlich zu operieren,** wird es uns gelingen, in der kommenden Zeit die Massen hinter uns zu bringen

Stellungnahme zu den Anträgen

Der Antrag 1 der Ortsgruppe Zeitz, in den Bezirksausschuß je zwei Genossen der einzelnen Unterbezirke zu entsenden, war als erledigt zu betrachten, da der Bezirks-Ausschuß auf Grund eines Beschlusses der Bezirksleitung in Zukunft aus 22 Genossen besteht und dadurch der Zeitzer Antrag erfüllt ist.

Dem Antrag 2 der Ortsgruppe Hohenmölsen, in Ortsgruppen, die Hochburgen der Gegner sind, nur gute Referenten zu entsenden, wird insofern entgegengekommen, daß, wenn irgend möglich, so verfahren werden soll.

Der Antrag 3 der Ortsgruppe Aue, die Extrabeiträge fallen zu lassen und den Wochenbeitrag um 5 Pf. zu erhöhen, wird, da der Bezirksparteitag nicht zuständig ist, der Zentrale als Material überwiesen.

Der Antrag 4 der Ortsgruppe Merseburg, dem Genossen Koenen im Bezirk eine Anstellung zu geben, wurde der Bezirksleitung überwiesen, da der Genosse zurzeit einen anderen Parteiauftrag hat.

Dem Antrag 5, Leuna-Zelle, den kommunistischen Betriebszellen zu Bezirksparteitagen eine stimmberechtigte Delegation zuzubilligen, wird zugestimmt mit der Motivierung, daß mit dem Ausbau der Betriebszellen-Organisation überhaupt die Delegationen durch die Betriebszellen zu entsenden sind. Nach Möglichkeit soll bereits zum nächsten Bezirksparteitag den Betriebszellen eine besondere Delegation zugebilligt werden.

Den Antrag 6, Ortsgruppe Belgern, den Genossen Holzweißig als Unterbezirksleiter einzusetzen, ist durch nunmehrige Zustimmung des Genossen H. stattgegeben. Antritt in vier Wochen.

42

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250526-12/fragment/page=0003

Der Antrag 7 der Ortsgruppen Eilenburg, Selau-Borau, Merseburg und Ammendorf, die den Ortsgruppen verbleibenden Prozente aus den Beiträgen von 10 auf 20 Prozent zu erhöhen, wird mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Die Bezirksleitung trägt wie bisher die Kosten für Referenten. Versammlungsplakate usw.

Der Antrag 8 der Ortsgruppe Naumburg, eine Kontrolle der Mitgliedsbücher auf Thälmann- und Maimarken durchzuführen, wird von der Bezirksleitung durch entsprechende Anweisung an sämtliche Ortsgruppen erledigt.

Der Antrag 9 der Ortsgruppen Molmeck, Hettstedt, Burgörner, den Gebirgskreis vom Seekreis zu trennen, wird gegen wenige Stimmen abgelehnt, weil die Partei sich auf Unterbezirke und nicht auf Kreise aufbauen muß.

Der Antrag 10 der Leuna-Zelle, eine Neuregistrierung sämtlicher Mitglieder nach Betrieben durchzuführen, wird beschlossen.

Der Antrag 11 der Ortsgruppe Ammendorf, bei größeren Unfällen im Bergbau, in der Chemie, bei der Reichsbahn usw. die entsprechenden Industriegruppen sofort zu mobilisieren, ist bisher durchgeführt worden und wird auch in Zukunft durchgeführt werden.

Der Antrag 12 des Unterbezirks-Mansfeld, den „Klassenkampf"-Preis auf 2 Mark herabzusetzen, wird der Bezirksleitung als Material zu neuen Verhandlungen mit der Geschäftsleitung der Zeitung überwiesen.

Der Antrag 13 der Genossen Lüttich usw., den Genossen Reinhold Schoenland in seine Rechte wieder einzusetzen, wird angenommen unter der Voraussetzung, daß der Genosse Sch. sich bereit erklärt, sich: 1. hinter die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive und die Maßnahmen gegen Brandler, Thalheimer usw. zu stellen; 2. die Beschlüsse des 5. Weltkongresses anerkennt; 3. die Beschlüsse des Frankfurter Parteitages und des Zentralausschusses billigt.

Wahlen und Schluß des Parteitages

Nach Erledigung der Bezirksleitungsberichte und des politischen Referates schritt der Bezirksparteitag zur Vornahme der Wahlen. Der politische Sekretär des Bezirks, der Organisationssekretär, Gewerkschaftssekretär, Kassierer, Chefredakteur usw. wurden einstimmig wiedergewählt. Die **Bezirksleitung,** bestehend aus 19 Mitgliedern, wovon 5 Angestellte und 14 Genossen aus dem Betriebe, wurde einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen gewählt. Auch die übrigen Wahlen wurden einstimmig vorgenommen. 22 Genossen, sämtlich aus dem Produktionsprozeß, werden in Zukunft den **Bezirksausschuß** bilden. Zum **Reichsparteitag** wurden 12 Delegierte gewählt, von denen 9 Arbeiter aus dem Betriebe sind.

Der Parteitag schloß in glänzender revolutionärer Stimmung nach einigen anfeuernden Worten des Genossen Rosenbaum, die **gefaßten Beschlüsse in aufopferungsvoller Parteiarbeit in die Tat umzusetzen.**

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. – Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.**

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Achtung, Distriktsführer. Dienstag, 26. Mai, abends 6 Uhr, neue „Bolschewistische Kurse" abholen.
Alle Parteifunktionäre, die Pfingsten mit nach Eisleben gehen, wollen sich Mittwoch abend 8 Uhr im „Volkspark" einfinden.
Distrikt 20. Donnerstag, 28. Mai, abends 8 Uhr, im „Lindenhof": **Wichtige Distriktsversammlung.** Alle Funktionäre sowie Mitglieder haben zu erscheinen.
Oberbezirk Süd. Donnerstag, 28. Mai, abends 8 Uhr, in „Loefts Hof", Oberbezirksversammlung. Sämtliche Funktionäre treffen sich eine Stunde früher zu einer wichtigen Vorbesprechung.

Unterbezirk Mansfeld

Erdeborn. Funktionärsitzung der Ortsgruppen Erdeborn, Stedten, Schraplau, Esperstedt, Ober- und Unterrödlingen, Alberstedt und Hornburg am Mittwoch, 27. Mai, abends 8 Uhr, in Erdeborn im „Weißen Roß". Pflicht eines jeden Funktionärs ist pünktlich zu erscheinen.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Funktionärsitzung Mittwoch, 27. Mai, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg". Alle Funktionäre müssen unbedingt daran teilnehmen.
Schkeuditz. Arbeitsgebietskonferenz am Mittwoch, 27. Mai, abends 8½ Uhr, in Papitz im „Landhaus". Alle Funktionäre müssen sich unbedingt daran beteiligen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Mitgliederversammlung Freitag, 29. Mai, abends 8 Uhr, „Schuhmacher-Herberge". Alles muß pünktlich und vollzählig erscheinen.
Zeitz. Alle Genossen und Genossinnen, die nicht mit nach Eisleben fahren, treffen sich am Sonntagfrüh 5½ Uhr am Brühl zum gemeinsamen Ausflug. Trinkgefäße mitbringen.

Empfehlenswerte Literatur
der
Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

Soeben erschienen!

Lenin: **Ausgewählte Werke**, Sammelband, brosch. 6,00 geb. 8,00
Maslow: **Die zwei Revolutionen des Jahres 1917**
1. Bd.: Die allgem. Voraussetzungen d. russ. Revolution
4. Lieferung .... brosch. 0,40
Die Organisation der Betriebszellen .... brosch. 0,75
Heinz Neumann: **Was ist Bolschewisierung?** ... brosch. 1,20
Peter Maslowski: **Was ist die deutsche Zentrumspartei?** .... brosch. 1,20
Der Kampf um die Schule .... brosch. 0,20
Hamburg im Aufstand .... brosch. 0,20
Brupbacher: **Kindersegen, Fruchtverhütung, Fruchtabtreibung** .... brosch. 0,50

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Bezirksvorstand und Ortsvorstand Halle. Mittwoch, 27. Mai, 8 Uhr, bei Freundlieb, kombinierte Sitzung.
Funktionäre. Dienstag, 26. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark" **große Sitzung.** Kein Kamerad darf fehlen.
Spielleute. Dienstag, 26. Mai, abends 7 Uhr, am Hettstedter Bahnhof: **Antreten zum Appell und Ueben.** Nichterscheinen zieht Entfernung aus dem Spielmannszug nach sich.
Abteilung 1. Mittwoch, 27. Mai, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Abteilungsversammlung. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Jungsturm

Bezirk 5 (Zentrum). Mittwoch, 27. Mai, abends 8 Uhr, in der „Schützei", Kleine Ulrichstraße, **Werbebezirkspflichtversammlung.**

Unterbezirk Saalkreis

Beuchlitz. Dienstag, 26. Mai, 8 Uhr, bei Schubert, Pflichtversammlung. Vertreter der Gauleitung ist anwesend, darum volles Erscheinen erforderlich.
Teiche-Merkewitz. Mittwoch, 27. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal „Rotes Haus", Mitgliederpflichtversammlung. **Regelung der Fahrt nach Eisleben.**
Reideburg. Antreten zum Ausmarsch nach Diemitz, Mittwoch, 27. Mai, 7½ Uhr.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Dienstag, 26. Mai, 8 Uhr, im „Lindenhof", Sitzung des Vorstandes, der Kommission und der Gruppenführer. Alles muß bestimmt zur Stelle sein.

Unterbezirk Bitterfeld

Holzweißig. Donnerstag, 28. Mai, 8 Uhr, Pflichtversammlung bei Häser.
Brehna. Mittwoch, 27. Mai, 8 Uhr, Pflichtversammlung in der „Erholung". Regelung betr. Eisleben.
Wolfen. Donnerstag, 28. Mai, pünktlich ½8 Uhr, in Klinkigs Lokal, Mitglieder-Pflichtversammlung. Neuaufnahmen, Fahrt nach Eisleben, Organisatorisches usw.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Dienstag, 26. Mai, Untersuchungsausschuß bei Kamerad Pfannschmidt.
Weißenfels. Jungsturm. Mittwoch, 27. Mai, ½8 Uhr, Antreten Rosalskyweg, zur Versammlung.
Weißenfels. Donnerstag, 28. Mai, 8 Uhr, Funktionärsitzung, „Drei Wege".

Versammlungen der Roten Hilfe

Gräfenhainichen. Heute abend öffentliche Versammlung. Referent ist zur Stelle.

Bekanntmachung

Die **Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern von 28 361 bis 30 883 (Pfandscheine in blauem Druck) wird vom **Dienstag, dem 9. Juni,** von 9 Uhr vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden.

Versteigert werden Taschenuhren aller Art, sonstige **Gold- und Silbergegenstände,** ferner **Betten,** Leib- und Bettwäsche, **Schuhwerk,** neue und getragene **Kleidungsstücke,** Zigarren und verschiedene andere Sachen.

Halle a. d. S., den 12. Mai 1925 — 202

Das Leihamt der Stadt Halle a. d. S.

Bekanntmachung

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine die fluchtlinienplanmäßige Festsetzung von Grünflächen für das Gelände zwischen Mühlgraben und Saale betreffende Bekanntmachung.

Halle, den 22. Mai 1925. — 1637 — **Der Magistrat.**

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände
Geöffnet **Dienstag und Donnerstag**, abends 6 bis 8 Uhr.
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung. Harz 42/44

Zu
Pfingsten!

Musseline-Kleider 3⁹⁵ — große Fasson .... 7,25 5,75 — 3,95
Musseline-Kleider — reine Wolle 16,50
Kasak und Jumper — 6,50 4,25 — 2,95
Kinder-Kleider — reiche Auswahl .... 2,25 — 1,65
Flor-Strümpfe, Kinder-Söckchen — alle Farben und Preislagen *1643
Herren-Artikel in reicher Auswahl

Fritz Mösenthin
Halle a. d. S., Burgstraße 1

Stadt-Theater
Mittwoch 7½ Uhr
„Rodelinde"
mit den Damen: Günzel-Dworski, Böhmer — 1642
den Herren: Andersen, Böhmer, Kerzmann, Timäus
Ende 10 Uhr
Donnerstag 7½ Uhr
Gräfin Mariza

Volkspark
Burgstraße 27 — Haltestelle Linie 3
Heute, Dienstag, abend ¾8 Uhr:
Gr. Operettenabend
ausgeführt von der 35 Mann starken Kapelle unter Leitung des Musikdirektors **Schütze, Leipzig**
1635 — Eintritt 50 Pf.

Aeltere unabhängige
Frau
als **Wirtschafterin** gesucht — 1733
Offerten unter B. U. 7177 an **Rudolf Mosse, Brüderstraße 4**

Schlafstelle m. Kost Hirtenstraße 8

Guterh. Kinderwag. z. vk. Eichendorffstr. 28 p.

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Durch günstigen Materialeinkauf offeriere mit guter Ledersohle:
Cordpantoffeln für Frauen 1,00
Cordpantoffeln f. Männer 1,35
Lederpantoffeln für Frauen 2,90
Plüschpantoffeln für Frauen 1,90
Holzpantoffeln für Frauen 1,00
Pantoffelfabrik mit elektrischem Betrieb
Nur Kl. Ulrichstr. 9
gegenüber „Café Freischütz"

Torpedo-Fahrräder
mit Torpedo-Freilauf, das Beste was es gibt.
Alleinvertreter: Herm. Beyer
Zeitz, Schützenstr. 18 — Tel. 1049

WEISS KLEIDER WERKSTÄTTEN — wkw

Wasch-Joppen

die nicht nur diesen Namen führen, sondern die auch in der Tat das Waschen aushalten, die stark und kleidsam sind, finden Sie bei uns

Leinen-Waschjoppe grau und grün, mit und ohne Falte . 5,75	4,95
Schilfleinen-Joppe mit und ohne Falten, offen und geschlossen 7,75	6,90
Wasch-Hosen grau und grün 7,75 6,25	5,75
Wasch-Westen grau und grün	4,50
Wasch-Anzug geschlossen, mit langer Hose	20,50
Wasch-Anzug offen mit Breeches in Kaki	12,50
Wasch-Anzug in Schilfleinen und Covercoat	29,50
Lüster-Sakko schwarz 8,50	7,50
Lüster-Sakko schwarz und marine 13,75	12,50
Tussor-Sakko hell und dunkel, haltb. Qual. . 36,00 13,50	10,75

S. Weiss
HALLE AM MARKT.

N. LENIN

Die Kinderkrankheit des „Radikalismus" im Kommunismus

Neu herausgegeben, eingeleitet und mit Erläuterungen und Anmerkungen versehen von
A. MASLOW

Diese für die Bolschewisierung der Partei wichtigste Schrift ist eine der besten Arbeiten Lenins. An Hand langjähriger Erfahrungen der KPR. zeigt hier Lenin, wie eine bolschewistische Partei es verstehen muß, revolutionäre Festigkeit mit größter Beweglichkeit zu vereinigen, mit dem Ziele, die Massen des Proletariats zum Kampf und zum Siege zu führen.

Jeder Parteigenosse muß sich dieses billige Buch mit den glänzenden Anmerkungen des Genossen Maslow kaufen und es studieren.

214 Seiten. — Preis 1,— M.

Zu beziehen durch alle Literaturobleute und kommunistische Buchhandlungen.

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten
Berlin SW 61 — G. m. b. H. — Planufer 17

Zu beziehen durch die **Bezirks-Zentral-Buchhandlung**, Halle, **Lerchenfeldstraße 14** und deren Filialen

Harry Piel
in seinem neuesten Großfilm
Schneller als der Tod!
1645
Erstaufführung
morgen, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr
C. T. Gr. Ulrichstr. 51
Heute letzter Tag: „Tarzan" I. u. II.

Wer Farben braucht für sein Logis, geht stets zu Kühnert & Kompanie!
Beste Bezugsquelle für Handwerk und Privatbedarf
Ihre Vorteile: Billigste Preise! Prima Qualitäten!
Unsere Spezialitäten: Schablonen, Pinsel, Bürsten, Leime, harttrocknende Bernstein-Fußbodenlackfarbe Kilo 1,35 Mk., Emaillelackfarbe, weiß Kilo 2,40 Mk., Küchensockel-Oelfarbe Kilo 1,10 Mk.
Erstes Spezialhaus für Farben, Lacke sowie sämtliche Malerartikel
Kühnert & Co., Sächsische Oel- u. Lackfarbenfabrik
728 — **Weberstraße 9** — **Zeitz** — **Nähe Schützenstr.**

Genossenschaftliche Pflicht ist: Jeden Bedarf in der Konsumgenossenschaft zu entnehmen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250526-12/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Mansfeld A.-G.

Wenn wir die Spalten des Betriebsteiles des „Klassenkampf" durchsehen, finden wir in sehr vielen Nummern Berichte über das Leben der Arbeiter und die miserablen Arbeitsbedingungen bei der **Mansfeld A.-G.** Wir wollen von jetzt an uns im Betriebsteil einmal umfassender mit den größeren Werken und Fabriken unseres Bezirkes, und vielleicht darüber hinaus Deutschlands, beschäftigen, und da die Mansfeld A.-G. neben Leuna und Reinsdorf eins der größten und wichtigsten Werke Mitteldeutschlands ist, soll sie heute den Reigen eröffnen.

Schon im Mittelalter wurde im Mansfelder Land von der **Mansfelder Kupferschiefer- und Erzbau-Gewerkschaft,** wie sie sich damals nannte, nach Kupfer und Silber gegraben. Deshalb ist es natürlich, daß die Mansfelder Bevölkerung von Generation zu Generation, Jahrhunderte hindurch im Bergbau tätig ist. Wie in den letzten Jahren, so mußten die Mansfelder Kumpels sich auch schon im Mittelalter gegen ihre unmenschliche Ausbeutung wehren. Im Jahre 1652 kam es unter der Mansfelder Bevölkerung zu einem großen **Aufstand** gegen die damaligen Besitzer der Kupfer- und Silberwerke, zum Kampf um bessere Löhne. Der Graf von Stolberg, der zugleich Graf von Mansfeld war, wurde von den Aufständischen in seinem Schlosse belagert, und nur wegen heuchlerischer Versprechungen und angeblicher Anerkennung der Kumpel-Forderungen gaben diese schließlich die Belagerung wieder auf. Schon damals galt das Wort der heutigen Kapitalisten, daß man zwar viel versprechen, darum aber doch nicht alles zu halten braucht. Nach Beendigung des Aufstandes wurde kein einziges Versprechen gehalten, sondern als Lohn für ihre Dummheit erlebten die Bergproleten ein furchtbares Blutbad.

Vor dem Kriege 1914 bezahlte die Mansfeld A.-G. die niedrigsten Löhne im gesamten deutschen Bergbau. Dieses Kunststück brachte er fertig durch Gründung eines **Reichstreuen Knappenvereins,** der über 7000 Mitglieder zählte. Der Bergarbeiterverband, der illegal unter den Mansfelder Bergarbeitern arbeiten mußte, hatte nur einige hundert Mitglieder. Wer als Mitglied des Bergarbeiterverbandes ertappt wurde, kam sofort zur Entlassung. Aber trotzdem brach im Jahre 1909 zur größten Ueberraschung der Direktoren ein Streik aus, der auf sämtliche Werke der Gesellschaft übergriff. Der Streik ging nur um ein paar Pfennige Lohnerhöhung und **Anerkennung des Koalitionsrechts.** Die kaiserliche Regierung aber schickte Militär ins Streikgebiet, das wiederum mit gefälltem Bajonett und Maschinengewehren gegen die Bergarbeiter vorging. Wochenlang wurde das Mansfelder Land von Kavalleriepatrouillen durchzogen. Auf jedem Schacht, in jedem größeren Dorf lag Militär. Der Erfolg war für das Proletariat glänzend: Die sozialdemokratische Zeitung im Mansfelder Lande konnte bald in einer Auflage von 6000 Exemplaren erscheinen, und der **Bergarbeiterverband** gewann einen nach den damaligen Verhältnissen **ungeheueren Zuwachs an Mitgliedern.**

Auch heute noch herrscht im Mansfelder Land die Mansfeld Syndikat-Aktien-Gesellschaft. Trotz Einschränkungen auf sämtlichen Werken sind in den Betrieben noch

zirka 18 000 Arbeiter

beschäftigt. Eine andere nennenswerte Industrie gibt es dort nicht. Nur in Eisleben und Hettstedt sind einige kleine Eisengießereien und Maschinenfabriken vorhanden, deren Belegschaftszahl nicht über 150 hinausgeht. Die gesamte Geschäftswelt ist von der Mansfeld A.-G. abhängig. Sollte es einmal ein Kollege gewagt haben, laut seine Meinung über die Mansfeld A.-G. zu sagen, oder ist er wegen „revolutionärer Umtriebe" entlassen worden, so kann er **im Mansfelder Land bestimmt nicht mehr** auf **Arbeit rechnen.** Es ist sogar vorgekommen, daß ein Arbeiter, der bei einem Handwerksmeister gefunden hatte, von diesem auf Befehl der Mansfeld A.-G. entlassen wurde. Können die Arbeiter nicht in der Landwirtschaft unterkriechen, so sind sie gezwungen, in andere Industriereviere abzuwandern. Diese Beispiele beleuchten schon ein klein wenig die ungeheuere Macht, die die Mansfeld A.-G. besitzt. Die Mansfelder Bergarbeiter haben aber trotzdem oder gar gerade deshalb, in allen revolutionären Kämpfen ihren Mann gestanden. An allen Kämpfen von 1919 bis 1921 waren sie beteiligt, auch im Herbst 1923 hatten sie ihre Vorbereitungen getroffen.

Wenn man die Produktionsmittel (Maschinen, Werkzeuge usw.) betrachtet, so ist sogleich festzustellen, daß **nur in sehr geringem und ungenügendem Maße Schutzvorrichtungen** angebracht sind, und daß die Proleten ständig unter Lebensgefahr arbeiten.

Die Mansfeld A.-G. gehört zu den Werken, die es sich mit am meisten angelegen sein lassen, die Dawes-Verpflichtungen auf Kosten des Proletariats durchzuführen. 9-, 10-, 11- und 12stündige Arbeitszeit, Doppelschichten, niedrige Löhne und weitere bittere Pillen müssen die Mansfelder Bergkumpels schlucken, damit die Aktionäre neben ihren Verpflichtungen dem Dawes-Abkommen gegenüber sich auch selbst noch die Taschen bis oben hin füllen können. Wir lassen hier eine kurze

Lohntabelle

folgen, die vom April 1925 datiert und für eine als „Grundsatz" festgelegte achtstündige tägliche Arbeitszeit berechnet ist.

	Mk.		Mk.
Abtecher	4,22	Junge Arbeiter v. 16 J.	2,47
Aufträger	4,22	Kläremüller	3,89
Flugraubschlammförderleute (Verl. im Bassin)	5,09	Lokomotivheizer	3,84
Lokomotivführer	4,25	Minnernablader auf den Bunker	3,90
1. Schmelzer	4,37	Minnerneinlasser	3,72
2. Schmelzer	4,22	Schlackenabstürzer	3,73
Sinterapparatführer am geraden Apparat	4,19	Sinterapparatheizer am geraden Apparat	3,84
Sinterapparatführer am runden Apparat	4,19	Sinterapparatheizer am runden Apparat	3,84
Sinterlader an der Schurre	4,08	Weichensteller	3,73
Sinterlader beim Füllen der Wagen	4,05	**Kokslader**	
Abzieher am geraden Apparat	3,84	Vollöhner	3,72
Abzieher am runden Apparat	3,84	Mittellöhner v. 20 bis 16 J.	3,52 bis 2,47
Abzieher a. Sinterapparat II. u. III. (Handbetrieb)	4,80	Rohkläreförderer an der Schüttelrinne	3,78
Gichtförderleute		Rohkläreförderer im Silokanal	3,84
Vollöhner	3,72	Koksablader usw.	4,06
Mittellöhner v. 20 Jahren	3,52	Koksauslader auf d. Halde	3,89
Mittellöhner v. 19 Jahren	3,17	Schlackengießer	4,12
Junge Arbeiter v. 18 J.	3,02	Schlackenschuttabladen an den großen Gruben	4,40
Junge Arbeiter v. 17 J.	2,62	Schlackensteinverlader	4,06

Der neue Tarifvertrag (Schiedsspruch vom 3. April 1925) für die Braunkohlengruben legt als Höchstmaß ½stündige Pause während der Arbeitszeit und an den Tagen vor den hohen Festen (Ostern, Pfingsten, Weihnachten) und an dem Tage vor Neujahr 6 Stunden fest, **„soweit nicht die Weiterführung des Betriebes das Verfahren 8stündiger Schichten erfordert".** Ferner ist in dem Tarif festgelegt, daß die Arbeiter für diese verkürzte Schicht nur einen entsprechend **verringerten Lohn** erhalten. Für die Lohnberechnung wird eine **„normale Leistung"** als Grundlage zwischen **Werksleitung und betr. Kameradschaft** festgelegt und allen denen, die hinter der „Normalleistung" zurückbleiben, entsprechender Lohn abgezogen. Durch **Akkord- und Leistungszuschläge** ist eine systematische Antreiberei tarifmäßig festgelegt worden. Und nun von der Mansfeld A.-G. revolutionäre Arbeiter möglichst fernzuhalten und die Arbeiter bis aufs äußerste ausgenutzt auszubeuten, sind in jedem Werk möglichst viele

Werkspitzel

unter der Belegschaft verteilt. Diese Spitzel haben die Aufgabe, jeden Arbeiter bei der Werksleitung anzugeben, der es wagt, offen unzufrieden zu sein mit den herrschenden Arbeitsverhältnissen. Flugs wird er herausgeworfen und auf die schwarze Liste gesetzt. Diese Werkspitzel gehören meist den **Werksgemeinschaften** an, die von den Unternehmern geschützt und mit Geld ausgehalten werden. Bei Streiks, bei Forderungen um Lohnerhöhungen usw., fallen diese Werksgemeinschaften regelmäßig den kämpfenden Arbeitern in den Rücken und zeigen sich als würdige Nachkömmlinge des vor dem Kriege gegründeten Mansfelder Reichstreuen Knappenvereins.

Aber die Mansfelder Bergarbeiter haben doch erkannt, daß für sie **nur in den Reihen des revolutionären Proletariats** der richtige Platz ist. Das beweisen die Betriebsberichte, die dem „Klassenkampf" zugehen, das bewiesen auch die diesjährigen **Betriebsratswahlergebnisse,** bei denen aus vier Mansfeld-Betrieben **für die oppositionelle Betriebsratsliste 3867 Stimmen (39 Mandate) abgegeben wurden,** während die Werksgemeinschaften und Christen zusammen 3 und die Reformisten 11 Mandate erhielten. Die gewerkschaftliche Organisation allerdings läßt in einigen Werken noch zu wünschen übrig und muß schleunigst nachgeholt werden.

Ueber die Produktionsverhältnisse der Mansfeld A.-G. und den angeblichen „Riesenverlust" beim letzten Geschäftsabschluß ein andermal.

Aus dem Hettstedter Messingwerk

Ein Beispiel für die raffinierten Methoden der Mansfeld A.-G. sei hier besonders geschildert:

Auf der ganzen Mansfeld A.-G. gibt es, da der Lohn monatlich gezahlt wird, **wöchentlich 15 bis 18 Mk. Abschlag.** Da auf dem Hettstedter Messingwerk aber, wie schon vor kurzer Zeit einmal berichtet, die besten Kräfte infolge der elenden Entlohnung und der Antreiberei nicht lange aushalten, wird dort seit einiger Zeit 26 bis 30 Mk. pro Woche als Köder gezahlt. Auf den anderen Werken griff daraufhin eine begreifliche Erregung Platz, da niemand mit 15 bis 18 Mk. in der Woche auskommen kann. Diesen Belegschaften wurde daraufhin vorgeredet, daß die 26 bis 30 Mk. nur ein Vorschuß seien, der den Hettstedter Arbeitern wieder abgezogen würde. Es soll auf diese Weise vertuscht werden, daß die Hettstedter durch ihren energischen Vorstoß bei den letzten Verhandlungen die Direktion in Schreden versetzt haben und daß man sie mit diesem kleinen Entgegenkommen über den letzten Schiedsspruch und die abgelehnten 4½ Prozent Lohnerhöhung beruhigen will.

Die Armee der Toten des Bergbaues

Außer den täglichen Todesfällen wurden gemordet:

				Schwerverletzte	Tote
1920	8.	8.	Kaiserstuhl	6	30
	26.	7.	Germania 1-4	3	4
1921	4.	2.	Mont Cenis 1-3	—	5
	20.	6.	Mont Cenis 1-3	66	81
1922	3.	1.	Lothringen 4, Gerte	1	5
	31.	5.	Helene u. Amalie, Essen	29	24
	26.	7.	Dorstfeld 1-4	—	3
	27.	7.	Neu-Vierlohn 1, Lütgend.	10	6
	24.	8.	Ver. Westheim u. Mathias Stinnes 1-2, Karnap	19	7
	30.	10.	Bruchstraße, Langendr.	16	8
	17.	11.	Schl. u. Eisen 5-6, Herten	6	3
	23.	11.	Shamrock 1-2, Herne	—	10
1923	28.	3.	Achenbach	—	4
1925	22.	1.	Hannibal	—	7
	11.	2.	Minister Stein	7	136
	4.	4.	M. Stinnes 1-2, Karnap	61	12
	16.	5.	Dorstfeld b. Dortmund	27	44

Wann werden die Kumpels aufmarschieren zur Beseitigung des Mordsystems?

Bergarbeiterkundgebung gegen gelbe Werksgemeinschaften

Gegen das mit Stinnes-Geldern in **Oberröblingen** veranstaltete **gelbe Knappenfest des deutschnationalen Grubendirektors Leopold,** fand am Sonntag in **Wansleben** eine gewerkschaftliche Gegenkundgebung statt. An Stelle **Husemann** und **Imbusch** sprachen **Langhorst** (Zwickau) und **Klein** (Essen), die das Wesen der gelben Werkvereine kennzeichneten und zur Stärkung der alten Verbände aufforderten.

Hesse versuchte mit allen Mitteln, den ebenfalls zu der Kundgebung erschienen **Abg. Gen. Koenen** an einer Ansprache zu hindern. Trotz eines Ueberrumpelungsschlusses durch Hesse kam aber auf einmütiges Verlangen der gutbesuchten Versammlung der Genosse Koenen doch zum Wort. Dem Hesse folgten bei seinem Abzug nur etwa ein Dutzend seiner Freunde. Der überwiegende Teil der Teilnehmer waren eben kommunistische **Gewerkschafter.** Das bewies auch der ganz im Zeichen des „Rot Front" stehende Umzug.

Hesse blieb schließlich nichts anderes übrig, als sich damit abzufinden, daß seine Schäfchen nicht zur Protestkundgebung gekommen waren. Er mußte sie, so **rot wie sie waren,** doch durchführen. Die SPD.-Presse, die das „Fiasko der Gelben" feierte, verschweigt diese Tatsachen natürlich.

Erfahrungen der Zellenarbeit

(Resolution, bestätigt vom Orgbureau des EKKI. am 4. Mai 1925)

1. Für die Mehrheit der Sektionen der Kommunistischen Internationale begann der praktische Aufbau von Zellen erst seit der Zeit des 5. Weltkongresses. Indeß ist auch diese Periode durchaus hinreichend, um auf Grund der Erfahrungen unserer größten westeuropäischen Kommunistischen Parteien grundlegende Schlußfolgerungen zu ziehen über die Arbeit der Betriebszellen in den kapitalistischen Ländern.

Die erste, allgemeinste und gleichzeitig grundlegendste dieser Schlußfolgerungen ist die Feststellung, ob die Betriebszellen sich als eine künftlich aufgepfropfte, organisatorische Form erwiesen haben. Die Praxis aller unserer Parteien erlaubt nur, den gegenteiligen Schluß zu ziehen.

Die Betriebszellen haben sich durchaus nicht als eine mechanisch aus Rußland übertragene und unter den westeuropäischen Verhältnissen unanwendbare, organisatorische Form herausgestellt. Sie haben sich auch im Westen voll und ganz bewährt in ihrer Eigenschaft als die Grundorganisation der Partei, die den Arbeitermassen am nächsten steht und am geeignetsten ist, die Stimmungen der Massen zu erfassen, die Massen zu erobern und in die Gesolgschaft der Kommunistischen Partei zu bringen.

2. Obwohl prinzipiell anerkannt worden ist, daß die Betriebszellen diese Rolle spielen, ist in einigen Sektionen der KJ., sowie in einzelnen Organisationen dieser Sektionen, immer noch eine Art Unglaube an den endgültigen Bruch mit der alten Form beim Uebergang zu den Betriebszellen. Deshalb kommt mit der Anerkennung der Notwendigkeit der Umstellung der Partei hier und da noch das Kleben an der alten Organisation vor, das Bestreben, beide Arten des Parteiaufbaues mit einander zu vereinbaren oder wenigstens das Tempo des Umbaues auf die Grundlage der Betriebszelle zu verlangsamen. Dieser organisatorische Konservativismus, dieser nicht überwundene Hang zu den alten Formen, führt öfters zu der Bildung passiver, toter Zellen. Es muß entschieden an die praktische Arbeit der Umstellung geschritten werden. Die Zellen müssen direkt mit den entsprechenden Parteileitungen in Verbindung gesetzt werden und dann, nachdem sie an einem Orte, in einem Stadtdistrikt oder in einer Großstadt organisiert und mit den betreffenden Parteileitungen verbunden sind, werden die früheren Wohnorganisationen dort aufgelöst.

3. Es läßt sich nicht leugnen, daß einer wirklichen Arbeit der Betriebszellen erhebliche Hindernisse im Wege stehen. Hierzu gehören vor allem der immer schärfer einsetzende Regierungs- und Unternehmerterror, die in vielen Ländern herrschende Arbeitslosigkeit, die große Entfernung der Wohnstätte des Arbeiters von dem Betriebe, die Zersplitterung der Kommunisten in kleinen Betrieben usw. Auf Grund dieser Erschwerungen kann sich bei den kommunistischen Arbeitern (besonders, wenn seitens der Parteileitungen keinerlei Anregungen in bezug auf die Umstellung erfolgt), eine Passivität und Apathie gegenüber der Zellenarbeit entwickeln, eine Abneigung von der alten, eingefahrenen und sicheren Ordnung überzugehen zu einer neuen, die gewisse Opfer erfordert. Derartige Stimmungen nicht zuzulassen, sie nach ihrer Entstehung zu beseitigen, vermag die Partei durch eine feste Einstellung auf die unbedingte Notwendigkeit der Umstellung, dadurch, daß die Parteiorgane die Politik der Partei verständlich gestalten, sie allen ihren Mitgliedern nahe bringt, ihre Kräfte und ihre Aufmerksamkeit auf die Partei in den Zellen, auf die Ausarbeitung richtiger, durchdachter, der Praxis entsprechender Losungen, sowie auf die Erläuterung derselben den Parteimitgliedern gegenüber lenkt. Ohne die Aneignung der Parteilosungen durch die Zellen kann keine Rede sein von einer Belebung der Partei, noch weniger von einer Mobilisierung der breiten Arbeitermassen für diese Losungen.

4. In einigen Sektionen haben die Zellen eine merkliche Belebung in die Parteiarbeit gebracht. In Frankreich, Bulgarien und Italien haben sie unseren Parteien ermöglicht, näher an die parteilosen Arbeitermassen heranzukommen. Dieser Umstand ruft an sich bereits eine Aktivität seitens der Zellenmitglieder hervor. Es gilt jedoch, dahin zu gelangen, daß die Zelle sich selbst in der Partei als einen wesentlichen Bestandteil derselben empfindet, der an ihren Handlungen, Aktionen und an der Ausführung ihrer Aufgaben teilnimmt. Um das zu erreichen, müssen alle Parteileitungen von oben bis unten dafür sorgen, daß sich die Zellen bei den Grundfragen der Partei sowie bei allen ihren geführten Kampagnen in jedem Falle betätigen.

5. Es darf somit nicht vorkommen, daß Parteileitungen für die Partei und die Arbeiterklasse bedeutende Fragen entscheiden, bzw. durchführen, unter Ausschaltung der Zellen, außer bei Fragen, die schnell entschieden werden müssen. Vor allem gilt dies für die Fragen, die das Leben selbst den Arbeitermassen stellt, und denen gegenüber deshalb die Arbeitermassen, sowie die Parteizelle ein natürliches Interesse hat. (Z. B. die Frage der Teuerung, Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die für die Sozialdemokratie skandalösen Prozesse, der Erregung unter den Truppen usw.) Irgendeine dieser Fragen mit Schweigen zu übergehen, oder sich auf einen von der Parteileitung gefaßten Beschluß zu beschränken oder durch ein paar gewöhnliche Artikel in der Presse reagieren, ohne die Zellen in Bewegung zu setzen, bedeutet, daß man das Abtterben der letzteren fördert, und in einer Richtung marschiert, die von der Bolschewisierung wegführt.

6. Selbst in jenen Sektionen der KJ., in denen sich die Betriebszellen bereits eingebürgert haben, und im ganzen Lande oder in einzelnen Teilen zur Grundlage der Parteiorganisation geworden sind, ist dennoch ein unzulängliches politisches Leben in den Zellen zu beobachten. Eine derartige Erscheinung erklärt sich in solchen Fällen schon nicht mehr dadurch, daß die Zellen nicht alle Parteifragen behandeln, sondern ist neben einer falschen Verteilung der Funktionen unter den Zellenmitgliedern in erheblichem Grade bedingt durch eine tatsächlich nicht genügend klare Stellung der Frage. Um die Betriebszellen mit politischem Leben zu erfüllen, ist es notwendig, daß sie sich über die Aufgaben, die in verschiedenen Perioden vor der Partei stehen, sowie über die dringenden und lebenswichtigen Aufgaben des Augenblicks vollkommen klar sind. Bei gutem Verständnis der letzten Ziele, die sich die Partei stellt, müssen die Zellen in der Form klarer und konkreter Aufgaben eine Vorstellung erhalten von dem auf sie entfallenden Anteil an der Arbeit.

(Schluß folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250526-12/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

KPD.-Stadtverordnetenfraktion für die Streikenden

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat heute früh an den Stadtverordnetenvorsteher das Ersuchen gerichtet, sofort eine dringliche Stadtverordnetensitzung einzuberufen zur Behandlung des folgenden Antrags:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Forderungen der streikenden Straßenbahner in Höhe von 10 Pfennig Lohnzulage pro Stunde sofort zu bewilligen, ferner im Straßenbahnbetrieb die 48stündige Arbeitszeit pro Woche wieder einzuführen, den Austritt aus dem kommunalen Arbeitgeber-Verband zu vollziehen und der Straßenbahndirektion die Vornahme von Maßregelungen bei Beendigung des Streiks zu untersagen."

Günther. Kilian. Härtel.

Unterstützt den Kampf der Straßenbahner!

Seit Jahr und Tag versuchen die Straßenbahner einen ihrer Dienstleistung entsprechenden Lohn zu erhalten. Trotz aller Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und aller Versuche auf gütlichem Wege dieses zu erreichen, ist es bisher nicht möglich gewesen. Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden, dessen Politik zur Genüge bekannt ist, hat bisher alle diese Möglichkeiten zu verhindern gewußt. Das dies von dem Personal auf die Dauer nicht ertragen werden konnte, ist eine Selbstverständlichkeit, zumal das Publikum in Halle durch die hohen Fahrpreise anständig geschröpft wird, trotzdem das Personal so niedrigen Lohn erhält.

Hier haben wir zu verzeichnen, daß hohe Fahrpreise und niedrige Löhne gezahlt werden, während fast in allen Städten im ganz besonderen bei den Privatbahnen, viel höhere Löhne dafür, aber noch ganz erheblich niedrigere Fahrpreise gezahlt werden. Es muß doch die Frage aufgeworfen werden, wie ist es möglich, daß eine Privatbahn wie Magdeburg nur 15 Pfennig als Fahrpreis erhebt und dafür dem Fahrpersonal einen Stundenlohn von 65 Pfennig zahlt, während wir in Halle für eine kurze Strecke bereits 20 Pfennig zahlen müssen und dem hiesigen Personal nur 60 Pfennig Stundenlohn gezahlt wird. Noch krasser liegt der Fall wenn wir Leipzig heranziehen. Dort ist ebenfalls ein Einheitstarif von 15 Pfennig vorhanden, und auch hier zahlt die Bahn ihrem Personal einen weit höheren Lohn. Dort erhält der Führer 76 Pf. und der Schaffner 71 Pfennig. So können wir noch eine ganz erhebliche Zahl von Vergleichen heranziehen, welche mit aller Deutlichkeit zeigen, was hier in Halle eigentlich gespielt wird. Man muß doch einmal in aller Oeffentlichkeit die Frage aufwerfen: **wo bleiben denn die Riesenreinnahmen, die von der hallischen Bahn in letzter Zeit erzielt worden sind?** Glaubt man auch in Zukunft so weiter zu wirtschaften, indem man dem Personal Hungerlöhne zahlt und das zahlende Publikum mit hohen Fahrpreisen bedenkt? Hiergegen muß mit allen Mitteln angekämpft werden, nicht nur vom Personal aus, sondern auch **von der Bevölkerung selbst.**

Das Personal hat in einer geheimen Urabstimmung nahezu einstimmig den Streik beschlossen, weil es eben mit dieser Bezahlung nicht mehr auskommen kann. Wenn das Personal nun von seinem Rechte der Arbeitsverweigerung Gebrauch gemacht hat, so richtet sich diese Maßnahme nicht gegen das Publikum, sondern gegen diejenigen, welche glauben, **auf Kosten der Hungerlöhne des Personals und der hohen Fahrpreise große Profite einziehen zu können.** Hier, wo es sich darum handelt, dem Personal einen anständigen Lohn zu zahlen, weigert man sich ebenso wie gegen eine Fahrpreisermäßigung.*) Auf der andern Seite aber schmeißt man das Geld der Steuerzahler zum Fenster hinaus, so z. B. hat man rund 30 000 Mk. dazu aufgebracht, um Arbeiter, welche um eine bessere Entlohnung kämpften, auf die Straße zu schmeißen.

Die gesamte hallische Arbeiterschaft muß den Kampf der Straßenbahner unterstützen. Es muß Schluß gemacht werden mit der unerhörten Lohnpolitik und der Ausbeutung durch den Magistrat.

Heute abend 8 Uhr gibt der Stadtverordnete Schaumburg im „Volkspark" den Bericht über die Verhandlungen in Magdeburg. Alle Straßenbahner müssen erscheinen und keinen Abwürgungsversuch dulden.

*) Wir erinnern hierbei nur an den in einer der letzten Stadtverordnetensitzungen von kommunistischer Seite eingebrachten Antrag, den Fahrpreis wieder auf 10 Pf. herabzusetzen, der von der gesamten bürgerlichen Mehrheit mit Einschluß der Sozialdemokratie abgelehnt wurde.

Wuchergeschäfte der Diener in Christo

Ein Fall für die Staatsanwaltschaft

z. Aus Siedlerkreisen wird uns folgende unerhörte Wuchergeschichte der Kirchenbehörde berichtet:

Vor etwa drei Jahren bildete sich infolge der ungeheuren Wohnungsnot in Dieskau eine Ortsgruppe der Baugenossenschaft „Selbsthilfe" zu Döllnitz. Diese Baugenossenschaft wandte sich mit dem Ersuchen um Ueberlassung von Kamels und den einzigen Großgrundbesitzer des Ortes, Rittergutsbesitzer v. Bülow, der diesem Ansuchen auch weitgehendst entgegenkam. Da aber der Boden des Rittergutsbesitzers unter Nutungsrecht steht, wurde mit dem Ortsgeistlichen und dem Lehrer, als Nutznießer des einzig verfügbaren nutungsfreien Landes, eine Vereinbarung getroffen, nach der die Kirche 6 Morgen gutes Ackerland, zum Preise von 1000 Mark pro Morgen, von dem Rittergutsbesitzer übernimmt und dafür den Arbeitern als Bauinteressenten ein gleichgroßes Stück Küsterei- und Schulland überläßt, das nach der Schätzung von Fachleuten 75 Prozent ertragsärmer, als das vom Rittergutsbesitzer eingetauschte ist. Nach dieser mündlichen Vereinbarung erklärte die Kirche den Arbeitern, daß sie nun nur noch mit der Kirche zu verhandeln haben. Nach dieser Auschaltung des Herrn v. Bülow, forderte die Kirche für ihren Kiesboden von den Arbeiter-Siedlern plötzlich den unerhörten Preis von 27 000 Mark (in Worten: siebenundzwanzigtausend Mark) bei sofortiger Bezahlung. Danach macht die Kirche die tatkräftige Unterstützung des Siedlungsprojektes durch den Rittergutsbesitzer für sich selbst zu einem schmutzigen Wuchergeschäft. **Sie ist nicht damit zufrieden, daß sie für ihren Kiesboden gutes Ackerland eintauschte, sie will auch noch Bargeld verdienen, und zwar in einer Höhe, die bei weitem die Grenze des Erlaubten überschreitet. Es kann gar nicht genügend angeprangert werden, daß die Kirche von armen Siedlern, die sich groschenweise das Geld zur Schaffung eines eigenen Heimes vom Munde abgespart haben, 21 000 Mark, somit einen Verdienst von 450 Prozent erpressen will. Hier, ihr Herren Staatsanwälte, hier faßt zu! Faßt gehörig zu und bringt durch ein entsprechendes Urteil diese wucherische Pharisäerbrut zur Räson.**

Die Arbeiterschaft darf sich aber kaum einbilden, daß dieser Ruf nach der Staatsanwaltschaft etwas nutzen wird. Das Gericht wird genau wie im Falle des Rittergutsbesitzers Wendenburg, der von armen Kriegerwitwen entgegen einem bestehenden schriftlichen Pachtvertrag plötzlich einen höheren und wertbeständigen Pachtpreis forderte, feststellen, daß auch dieser unverschämte Wucher **das „gute Recht der Kirche"** ist. Der „Klassenkampf" aber, der immer wieder die Wucherer und Volksbetrüger rücksichtslos anprangert, wird mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen zu knebeln versucht. Ihr Arbeiter sollt dadurch mundtot gemacht werden. Erkennt das endlich, und macht der bürgerlichen Gesellschaft einen Strich durch die Rechnung, **indem Ihr nun erst recht den „Klassenkampf" lest. Meldet noch heute Euren Austritt aus der wucherischen Kirche an! Tretet ein in die freien Gewerkschaften und werdet Mitglied der Kommunistischen Partei, die allein rücksichtslos für Eure Interessen kämpft.**

Der Jung-Spartakus-Bund hat seinen besten Mitkämpfer verloren

Der Tod hat gestern vormittag einen unserer Besten aus unserer Mitte gerissen. Der frühere Vorsitzende der Kommunistischen Kindergruppe Halle, der Genosse

Oswald Lehmann

ist seiner 1½jährigen Krankheit erlegen. In ihm verliert unser Bezirk einen guten, aufrechten und eifrigen Kämpfer. Durch seine unermüdliche Arbeit in der KJG. während seiner Schulzeit errang er sich das Vertrauen aller seiner Genossen, die ihm dann auch die Leitung der hallischen Gruppe übertrugen. Diese vorbildliche Tätigkeit sowie auch seine spätere Arbeit in der Kommunistischen Jugend muß uns jungen Pionieren ein Ansporn sein, mit gleicher Liebe am Werke der Arbeiterklasse mitzuhelfen, und dadurch zugleich sein Andenken am besten ehren.

Dem Genossen Oswald, der uns Genosse und Freund zugleich war, gibt die gesamte Gruppe das letzte Geleit. Alle Pioniere treffen sich aus diesem Grunde am Donnerstag, pünktlich ½2 Uhr, am Eingange des Gertrauenfriedhofes.

Pionierfücher haben unsere Genossen daselbst anzulegen.

Nach schwerem, 1½jährigem Leiden starb gestern nachmittag 2 Uhr unser lieber Jugendgenosse

Oswald Lehmann

im blühenden Alter von 17 Jahren.

Schon während seiner Schulzeit hat er als Funktionär der Kommunistischen Kindergruppe seine ganze Kraft in den Dienst der Bewegung gestellt. Als Mitglied der Kommunistischen Jugend war er stets einer der eifrigsten Genossen. Wir werden sein Andenken am besten dadurch ehren, wenn wir mit seiner jugendlichen Begeisterung für die Sache des Kommunismus kämpfen.

Einäscherung findet am Donnerstag, dem 28. Mai, nachmittags 2 Uhr, auf dem Gertraudenfriedhof statt. Alle Genossen treffen sich ½2 Uhr am Eingange des Gertraudenfriedhofes.

Kommunistische Jugend,
Ortsgruppe Halle a. S.

Vom Ueberfallkommando der Schupo überfahren

Heute morgen wurde auf dem Hallmarkt der Fleischerlehrling Fritz Heller von einem Ueberfallkommando der Schupo überfahren. Das Auto fuhr im schnellsten Tempo auf der linken Seite der Talamstraße, während es bekanntlich nach den Verkehrsregeln auf der rechten Seite zu fahren hat. In welch rasendem Tempo das Auto fuhr, geht daraus hervor, daß es erst 25 bis 30 Meter hinter der Unfallstelle zum Halten gebracht werden konnte.

Trotz des regen Verkehrs auf dem Markte ertönte vom Auto kein Hupensignal, was bekanntlich seit jeher die Angewohnheit der Schupo ist. Fritz Heller wurde über beide Beine gefahren, so daß der Verlust der Beine sicher ist.

Nach dem Unfall benahmen sich die Schupoleute äußerst roh und provokatorisch. Zeugen, die sich in großer Zahl meldeten, wurden zurückgewiesen. Die Schupo versuchte, Gegenzeugen zu ergattern.

Anstatt nun den Verunglückten sofort zum Krankenhaus zu bringen, brachte man ihm zuerst zur Polizeiwache, so daß große Blutverluste eingetreten sind.

Wie man uns mitteilt, wurden bei der Zeugenvernehmung auf dem Polizeipräsidium alle diejenigen Zeugen, die behaupten, kein Hupensignal gehört zu haben, rausgeschmissen. Trotzdem wird von seiten der Schupo der wahre Tatbestand kaum abgeleugnet werden können.

Der neutrale Stahlhelmer

Seit dem Tode des Stahlhelmers Pietzsak haben die vaterländischen Verbändler es anscheinend etwas mit der Angst gekriegt. Jedenfalls hat sich ihre Frechheit merklich gelegt. Die „Hallesche Zeitung" berichtet nun von der Beerdigung des Pietzsak und teilt mit, daß der gesamte Stahlhelm nicht nur von Halle, sondern auch aus der Umgebung dabei anwesend war. Duesterberg redete, das Seifert-Orchester spielte.

Was ist nun daran bemerkenswert? Die herrschende Klasse rechnet mit der Vergeßlichkeit der Arbeiter. Denn in dem Polizeibericht war über die Zugehörigkeit des Toten zum Stahlhelm nichts brichtet. Dort war sogar das gerade Gegenteil behauptet. Er wird als „völlig Unbeteiligter" geschildert, der den Streit zwischen Roten Frontkämpfern und Stahlhelm „schlichten" wollte.

Es wäre sehr merkwürdig, wenn Pietzsak, ehemaliger Schupo und Stahlhelm-Mitglied, nicht seinen Freunden beigesprungen wäre und neutral blieb. Das bekommene Schweigen im bürgerlichen Blätterwald, scheint unsere Auffassung hierüber zu bestätigen. Somit ist die Schuldfrage selbst vom Standpunkt des bürgerlichen Gerichts aus gegenüber den Polizeibericht völlig verändert. Lügen haben eben kurze Beine.

Rote Frontkämpfer, Rote Jungstürmer!

Kameraden!

Pfingsten 1925 sammelt sich das gesamte Industrie- und Landproletariat des Gaues Mitteldeutschland in den Mauern von Eisleben.

Auf historisch-revolutionärem Boden werden den Klassenkämpfern von heute die gigantischen Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten des 15. Jahrhunderts in Wort und Bild vor Augen geführt.

Ein Stück Weltgeschichte überliefert uns die Tatsache, daß der Kampf der Ausgebeuteten um ihre Befreiung seit Jahrhunderten tobt. Die Niederlagen der kämpfenden Rebellen der Vergangenheit, hervorgerufen durch mangelhaften Klassenkampf, finden ihre Parallele in dem Leidensweg der Arbeiterklasse der Gegenwart. Sie fordern von uns den Prozeß der Sammlung, der organisatorischen Bindung, sowie die ideologische Festigung der gesamten Arbeiterklasse in Stadt und Land zum Kampf.

Der Arbeiter- und Bauerntag in Eisleben liegt auf der Linie dieser Notwendigkeit.

Der Rote Frontkämpfer-Bund, Gau Mitteldeutschland, nimmt an dieser Veranstaltung geschlossen teil und benutzt als Transportmittel die vom Festkomitee eingelegten Sonderzüge.

Mit „Rot-Front"!

Gauleitung Mitteldeutschland des RFB.
J. A.: Richard Richter.

Sind die Redakteure des „Volksblattes" Reklamehelfer?

Das Blatt der Frau, die Frauenbeilage des hallischen „Volksblatt" ist schon immer eine Courths-Mahler-Angelegenheit gewesen. Wir haben öfter von ihm eine Kostprobe gegeben. In der Samstagausgabe wird als Wichtigstes in Kastenform aufgemacht: **5 Minuten erotische Literaturgeschichte** (Die Frau als Leserin). In diesem „erhebenden" Artikel wird die Sucht der Frauen und Jungfrauen nach minderwertiger Literatur geradezu herausgereizt. Wenn man dieses Kapitel liest, dann kann man den Sinn eines solchen Geschwätze nur als Reklame für Schundroman-Fabrikanten bzw. -Fabrikantinnen und deren Verleger ansehen. Als zweite Attraktion wird ein Kapitel über **die gnädige Frau** zum besten gegeben, in dem die so furchtbar mißverstandene gnädige Frau dargestellt und die „Unart der Köchinnen und Dienstpersonals streng gerügt wird. **Bruno Kastner,** der süßlichste Kinoschauspieler und Liebling höherer Töchter, wird in einem anderen Kapitel unter der Ueberschrift: **„Der Liebling"** verherrlicht. Die Frauen und Jungfrauen werden für diesen Gecken scharf gemacht, damit sie von ihrem kärglichen Gehalt noch möglichst viel den Filmkonzernen in den Rachen werfen. (Besser könnte es keine Filmzeitung machen). Damit auch der Heftlatsch nicht fehlt, wird die Mutter des englischen Kriegsministers Haldane vorgeführt, die vor kurzem 100 Jahre alt geworden sei, aber trotzdem noch eifrig Bücher lese, Konzert- und Theatervorstellungen, dagegen nur noch per Radio entgegennehme. Unter der Ueberschrift **„Aurora Mitternacht- und Metallstrümpfe"** wird eine Modeausstellung von Seidenstrümpfen besprochen, die „bemerkenswerte Neuerungen" und „einen unerhörten Luxus" aufweist. Es wird festgestellt, daß die meisten Strümpfe nach wie vor fleischfarbene Grundtöne besitzen. Eine Reklame für Damenstrümpfe könnte die Ware nicht besser anpreisen, als es das „Volksblatt" tut.

Das „Volksblatt" spricht sehr oft davon: Wir können den Sozialismus nicht verwirklichen, wenn wir nicht die Menschen zuerst im sozialistischen Sinne erziehen (übrigens eine Anschauung, die ihren Widerspruch in sich selbst trägt). Nun, wir haben hier wieder mal ein typisches Beispiel für die sozialistische Erziehung, wie sie das „Volksblatt" betreibt. **Die „General-Anzeiger"-Presse ist bei weitem übertroffen.** Dem niedrigsten kapitalistischen Geschmack wird die Konkurrenz abgelaufen. Die Kommunisten weisen der SPD. politisch nach, daß sie eine bürgerliche Partei sei. Man braucht nicht einmal ins politische Gebiet zu gehen, um dies festzustellen. Im unterhaltenden Teil, im Blatt für die Frau, zeigt sich das noch viel klarer. Der Redakteur des Blattes für die Frau ist ein ausgezeichneter Reklamehelf für Strumpf-, Film- und Schundromanfabrikanten bzw. -fabrikantinnen á la Courths-Mahler. Höher geht es nicht mehr mit der erzieherischen Verantwortung für den Sozialismus. Und eine solche Partei wagt es, das Erbe Bebels für sich in Anspruch zu nehmen. Was die sozialdemokratische Presse an Vernichtung sozialistischer Ideologie und an der Stärkung des niedrigsten kapitalistischen Instinkts sich geleistet hat und leistet, das kann zum mindesten ebenbürtig neben den politischen Verrat und den Vorschub für den Kapitalismus gestellt werden.

Die „Wohltätigkeit" der Allgemeinen Zeitung

Wir berichteten schon in unserer gestrigen Ausgabe von dem sogenannten Frühlingsfest der Stinnespresse. Damit sich unsere Leser auch ein Bild von der „Wohltätigkeit" dieser nationalen Kreise machen können, entnehmen wir dem Bericht der „Allgemeinen Zeitung" folgende Stellen:

„Die Namen der Hauptgewinner, soweit wir sie ermitteln konnten, sind:

1. Herr Franz Werner, Bankdirektor, Wörmlitzer Straße 1 I, Reise nach Garmisch-Partenkirchen.
4. Herr Otto Petereins, Kurallee 18, Reise nach Oberwiesenthal.
5. Ders., Reise nach Bad Sachsa."

Eine echte Wohltat stinnesischer Hurrapatrioten. Wir zweifeln nicht daran, daß es dem Herrn Bankdirektor und dem Herrn aus der Kurallee während ihrer Gratisreise wohlergehen wird. Die antisemitische Stinnespresse geht aber in ihrer „Wohltätigkeit" sogar so weit, daß sie ihren Erzfeinden Preise zukommen läßt. So kann man lesen, daß ein Simonsohn aus der Bismarckstraße eine Nähmaschine gewonnen hat. Unter den bestgekleideten Damen befand sich eine Frau Runge. Man verschweigt schamhaft die Adresse, so daß zu vermutet werden kann, es handele sich um die Frau des früheren sozialdemokratischen Polizeipräsidenten.

Mit Bezug auf den am Sonntag veranstalteten Reklamemarsch schreibt die „A. Z.", daß zehntausende Zuschauer die Straßen belebt hätten. Ein bischen sottig, gemeine Tante, aber immerhin ganz in Deiner Art. Und weiter heißt es dann in dem Bericht:

„Ein Kamel erschleint, ein Abgesandter des Zoo, der sich mit der Beteiligung an dem Reklameunternehmen das beste Zeugnis ausstellt."

Richtiger wäre allerdings, wenn man schriebe, daß das Erscheinen des Kamels und der Affen der „Allgemeinen Zeitung" und ihren Lesern das beste Zeugnis ausstellt. Scheinbar hat die gesamte Redaktion der Stinnespresse von ihrem Frühlingsfest einen ausgewachsenen Affen oder Kater mit in die Redaktionsstuben gebracht. Der Bericht läßt jedenfalls mit Sicherheit darauf schließen.

Stahlhelm-Ueberfall auf Vergnügungsteilnehmer des Turn-Vereins Seeben

Am Sonntag veranstaltete der Turnverein Seeben im Glaserschen Lokal ein Vergnügen. Zu gleicher Zeit hatten sich in Gutenberg Stahlhelmer zu einer Denkmalsweihe zusammengefunden. Beim Rückmarsch der Stahlhelmer aus Gutenberg überfiel eine Horde von 80 bis 100 Mann, nach Provokation eines vorausfahrenden Radfahrers, vor dem Lokal Glaser stehende Vergnügungsteilnehmer des Turnvereins. Ehe es überhaupt zu einer Schlägerei kam, fielen von seiten der Stahlhelmer die ersten scharfen Schüsse. Zwei Seebener Jungstürmer erhielten Kopfschüsse und schwere Schlagverletzungen, die sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus notwendig machten. Außerdem wurden, wie wir bis jetzt erfahren konnten, noch drei auswärtige Turner verletzt. **Man konnte die Namen der Schießhelden feststellen.**

Die allgemeine Schwindelpresse berichtete schon gestern von diesem Ueberfall. Sie versucht natürlich ihren Lesern weißzumachen, daß die unschuldigen unbewaffneten Stahlhelmer von Kommunisten angegriffen seien. Der Bericht schließt:

„Auch von den Kommunisten soll ein Mann durch einen Schuß verwundet worden sein, aber es ist anzunehmen, daß auch hier wieder die Verwundung durch die eigenen Genossen erfolgte, da die Stahlhelmer keine Waffen mit sich führten."

Kann uns die „Allgemeine Zeitung" auch nur einen Fall nennen, wo Kommunisten durch ihre eigenen Genossen Schußverletzungen erhielten? Kann die „Allgem. Zeitung" auch nur einen kontreten Fall anführen, wo unbestreitbar feststeht, daß Kommunisten bei irgendwelchen Zusammenstößen mit Stahlhelmern Schußwaffen bei sich hatten? Die „Allgemeine Schwindelpresse" wird hierzu nicht in der Lage sein. Wir aber können dutzende Beweise bringen, daß die Stahlhelmer durchweg mit Schußwaffen ausgerüstet sind. Wir wollen nur an den Fall in der „Saalschloßbrauerei" erinnern, wo sich der „junge Mann" mit seiner eigenen Waffe eine Schußverletzung beibrachte, und niederträchtig und feige wie dies Gesindel nun einmal ist, behauptete, der Schuß sei von den Klausbergern ge-

Bergknappen, Bauern, Land- und Stadtproletarier, marschiert Pfingsten zur Münzer-Feier in Eisleben zu Tausenden auf. Beweist, daß der revolutionäre Geist Thomas Münzers heute noch in Euch fortlebt. Auf, nach Eisleben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250526-12/fragment/page=0006

kommen. Nachträglich kam der Schwindel raus, und auch die „Allgemeine Zeitung" mußte wohl oder übel zugeben, daß der „junge Mann" sich mit der eigenen Waffe, die zu tragen er gar nicht berechtigt war, verletzt hatte.

In der letzten Zeit mehren sich besonders auffällig die bewaffneten Ueberfälle des Stahlhelms auf Arbeiter. Den Schutzbehörden der Hindenburg-Republik fällt es natürlich nicht ein, diese Burschen zu entwaffnen. Wenn aber die Arbeiter in Notwehr zur Selbsthilfe greifen und einmal einen derartigen Wegelagerer mit der Faust einen Kinnhaken verfetzen, daß er das Aufstehen vergißt, dann schreit die bürgerliche Meute Zeter und Mordio, und die hochwohllöbliche Schupo ist sofort bereit, die Arbeiter hinter Schloß und Riegel zu bringen. Das alles nennt man in Deutschland Demokratie. Wie heißt es doch so schön in der Verfassung: „Alle Gewalt geht vom Volke aus. In seinem Namen wird regiert und Recht gesprochen." Welches Volk mag damit nur gemeint sein?

Technisches zur Lösung von Fahrkarten

Die Jugendverbände müssen am Freitag und Sonnabend auf Grund der Sonderbestimmungen Gruppenfahrscheine lösen. Alle Teilnehmer gleich welcher Orte, müssen schon am Freitag und Sonnabend durch Gruppenführer, Vorstände der Vereine und sonstigen Organisationen die Fahrkarten für Hin- und Rückfahrt lösen. Am 1. Feiertag ist der Andrang so stark, daß eine Lösung von Fahrkarten unmöglich ist.

Die Verhandlungen über Sonderpreisermäßigungen sind ergebnislos verlaufen, da an Feiertagen Ermäßigungen nicht gewährt werden.

Für den Ausbau der IAH.

Wenn infolge der veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse die Internationale Arbeiter-Hilfe nicht so stark die Oeffentlichkeit beschäftigt wie im Hungerwinter 1923/24, so ist doch der Gedanke der proletarischen Solidarität — den zu fördern die Hauptaufgabe der Internationalen Arbeiter-Hilfe ist — bei den Arbeitern nicht erloschen. Die IAH. erstarkt auch in Halle-Merseburg, obgleich die Verhältnisse die denkbar ungünstigsten sind und eine besondere Agitation in den letzten Monaten kaum entfaltet wurde. Wenn wir trotzdem eine Ausdehnung der IAH. feststellen können, so ist das ein Beweis, daß sich die Aufgaben und Ziele dieser Organisation decken mit dem Denken und Fühlen der revolutionär eingestellten Arbeiter. **Das trifft besonders bei den Kollegen der Metallindustrie und aus dem Baugewerbe zu.**

Nachdem bereits die Belegschaften der größten Baustellen, Kronprinzenstraße und Neubau des Elektrizitätswerkes Trotha, ihren korporativen Beitritt zur IAH. vollzogen haben, fand am Freitag eine gemeinsame Baustellenversammlung der Siedlungsneubauten in der Artilleriestraße statt. Genosse Höcker referierte über die **„Gegenwärtigen Aufgaben der Internationalen Arbeiter-Hilfe"** (Kampf um die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit, Kampf gegen den Abbau der Sozialgesetzgebung, Schaffung von proletarischen Kinderheimen, Unterstützung Gemaßregelter und der Arbeitskollegen, die in wirtschaftlichen Kämpfen stehen). Mit der größten Aufmerksamkeit folgten die in großer Anzahl erschienenen Proleten den Ausführungen des Referenten. Daß er ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies der **einstimmige Beschluß der Versammlung, korporativ der IAH. beizutreten. Jeder Kollege erklärte sich bereit, einen Monatsbeitrag von 50 Pfennig abzuführen.**

Dieser Beschluß der Bauarbeiter sollte den Kollegen in den Betrieben und Baustellen Veranlassung geben, ihrem Beispiele zu folgen.

Boykottbeschluß über Kathreiners Malzkaffee

Der von der Direktion der Kathreiners Malzkaffee-Fabriken in Nerdingen provozierte Streik ist bis jetzt trotz aller Bemühungen nicht beigelegt. Das Gewerkschaftskartell Krefeld hat deshalb zur Unterstützung der Streikenden in seiner Sitzung am Freitag, dem 15. Mai, beschlossen, den Boykott über die Produkte der Kathreiner-Werke zu verhängen.

Die Arbeiterfrauen werden aufgefordert, überall Kathreiners Malzkaffee zurückzuweisen und unter den Arbeitern diesen Beschluß in weitestem Maße bekanntzumachen.

* **Volkspark.** Es wird zu dem heute abend ½8 Uhr stattfindenden Walzer- und Operetten-Abend hingewiesen. Der Besuch ist bestens zu empfehlen.

Volksbühne. Auf vielfachen Wunsch wird die Operette „Gräfin Mariza" am Sonnabend, dem 30. Mai, ½8 Uhr, als Sondervorstellung im Stadttheater gegeben. Karten in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14.

Ammendorf

Roter Frontkämpfer-Bund. Dienstag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederpflichtversammlung.

Münzer-Schauspiel für Eisleben

Am Mittwoch und Donnerstag, abends 7 Uhr, finden im „Volkspark" die letzten Proben für das Münzer-Schauspiel statt. Jeder Mitwirkende hat die unbedingte Pflicht, pünktlich zu erscheinen.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Fahrplan zum Roten Münzer-Tag Eisleben Pfingsten 1925

Die Teilnehmer des Münzer-Tages in Eisleben müssen am Sonntag, dem 31. Mai, um einen geregelten Verkehr zu garantieren mit folgenden Zügen fahren

Falkenberg — Halle

ab Falkenberg	2^{16}	vorm.
„ Torgau	3^{40}	„
„ Eilenburg	4^{42}	„
„ Delitzsch	5^{10}	„
an Halle	6^{04}	„

Können — Halle

ab Könnern	5^{54}	vorm.
„ Nauendorf	6^{10}	„
„ Wallwitz	6^{22}	„
„ Teicha	6^{30}	„
an Halle	6^{48}	„

Halle — Eisleben

ab Halle	5^{55}	vorm.
„ „	5^{40}	„

Beide Züge sind nur für die Teilnehmer von Halle bestimmt, die Züge ab Halle 6^{10} u. 6^{40} dürfen nicht benutzt werden.

Zeitz — Weißenfels — Halle

ab Zeitz	4^{04}	vorm.
„ Theißen	4^{17}	„
„ Teuchern	4^{33}	„
an Weißenfels	5^{00}	„

ist Sonderzug, durchgehend

Köthen — Halle

ab Köthen	5^{39}	„
„ Großweißandt	5^{47}	„
„ Stumsdorf	5^{52}	„
„ Niemberg	6^{10}	„
an Halle	6^{29}	„

Je

Halle — Eisleben

ab Halle	7^{00}	vorm.
„ „	7^{15}	„

Diese Züge werd. benutzt von den Teilnehmern. die von auswärts auf vorgenannt. Strecken kommen und nach Eisleben weiter fahren.

Alle Teilnehmer steigen auf Station Helfta [1]) aus

Querfurt — Oberröblingen [2])

ab Querfurt	8^{32}	vorm.
„ Eiperstedt	8^{54}	„
„ Schraplau	9^{03}	„
„ Stedten	9^{08}	„
„ Oberröblingen	9^{17}	„
an Eisleben	9^{28}	„

Naumburg — Artern

ab Naumburg	5^{07}	vorm.
„ Laucha	5^{36}	„
„ Nebra	6^{10}	„
„ Roßleben	6^{40}	„
an Artern	7^{11}	„

Nordhausen — Sangerhausen

ab Nordhausen	7^{10}	vorm.
„ Berga-Kelbra	7^{39}	„
„ Roßla	7^{47}	„
„ Wallhausen	8^{03}	„
an Sangerhausen	8^{12}	„

Sangerhausen — Eisleben (Sonderzug)

ab Sangerhausen	8^{30}	vorm.
an Wolferode	9^{10}	„

Alle Teilnehmer steigen in Wolferode aus. Von dort Fußmarsch ($1/2$ Std.) nach Eisleben.

Magdeburg — Sandersleben

ab Magdeburg	3^{30}	vorm.
„ Schönebeck	3^{45}	„
„ Staßfurt	4^{21}	„
„ Gißten	4^{44}	„
an Sandersleben	5^{19}	„

Sandersleben — Hettstedt

ab Sandersleben	5^{39}	vorm.
„ Hettstedt	5^{45}	„
„ Sierslebem	5^{56}	„
„ Mansfeld	6^{10}	„
an Hergisdorf	6^{19}	„

Von Hergisdorf gemeinsamer Marsch nach Eisleben ($1/2$ Stunde)

Halle — Eisleben

ab Halle	6^{30}	vorm.
„ Zscherben	6^{32}	„
„ Teutschenthal	6^{37}	„
„ Wansleben	7^{05}	„
an Eisleben	7^{41}	„

Erfurt — Artern

ab Erfurt	5^{56}	vorm.
„ Sömmerda	6^{25}	„
„ Heldrungen	7^{12}	„
„ Bretleben	7^{24}	„
an Artern	7^{39}	„

Leipzig — Halle (Sonderzug)

ab Leipzig	4^{45}	vorm.
„ Schkeuditz	5^{21}	„
„ Gröbers	5^{30}	„
„ Dieskau	5^{36}	„
an Halle	5^{52}	„

Wittenberg — Halle [1])

ab Wittenberg	11^{56}	nachts
„ Bergwitz	12^{09}	vorm.
„ Gräfenhainichen	12^{23}	„
„ Burgkemnitz	12^{34}	„
an Halle	1^{17}	„

Bitterfeld — Halle

ab Bitterfeld	4^{00}	vorm.
„ Roitzsch	5^{08}	„
„ Brehna	5^{15}	„
„ Landsberg	5^{22}	„
an Halle	5^{45}	„

Müncheln — Querfurt

ab Müncheln	6^{15}	vorm.
„ Niedereichstedt	6^{30}	„
„ Nemsdorf		
„ Göhrendorf	6^{45}	„
an Querfurt	6^{50}	„

(sofort Anschluß)

Artern — Sangerhausen

ab Artern	7^{30}	vorm.
„ Voigtstedt	7^{46}	„
„ Oberröblingen	7^{56}	„
an Sangerhausen	8^{06}	„

Ballenstedt — Aschersleben — Sandersleben

ab Ballenstedt (Ost)	4^{12}	vorm.
„ Meisdorf	4^{19}	„
„ Ermsleben	4^{35}	„
„ Aschersleben	5^{01}	„

ab Drohndorf	5^{10}	vorm.
„ Freckleben	5^{16}	„
an Sandersleben	5^{21}	„

Abfahrtszeiten von Eisleben in Richtung Halle: Ab Eisleben am 1. Feiertag 9^{10}, 9^{25}, 10^{03}, 10^{40} abends. Die Züge um 9^{10} und 9^{25} haben in Halle Anschluß an alle anderen von Halle ausgehenden Strecken. Am 2. Feiertag ist ebenfalls ein Sonderzug abends 9^{10} vorgesehen. — Züge werden nach Bedarf eingelegt.

In Richtung Sangerhausen:

Wird im Verkehrsbureau in Eisleben noch besonders bekanntgemacht.

Anmerkung zu 1. Der Nachtzug muß benutzt werden, da am 1. Feiertag kein Anschlußzug. 2. Alle von Halle kommenden Teilnehmer, außer Frauen und Kinder, steigen in Helfta aus zum Fußmarsch (¾ Stunde) nach Eisleben. 3. Der Sonderzug Querfurt—Oberröblingen wird bis Eisleben durchgeführt, so daß Umsteigen nicht in Frage kommt.

Freitag: Gruppenabend, wo die Fahrt nach Eisleben geregelt wird und ebenfalls das Fahrgeld gezahlt werden muß. Fahrpreis wird noch bekanntgegeben.

*

Die Bezirksleitung fordert alle Ortsgruppen im Bezirk Halle-Merseburg auf, die Adressen ihres Pol.- und Org.-Leiters sofort an die Bezirksleitung der KJD. (Jugendsekretariat, Lerchenfeldstraße 14), einzusenden.

B.-L. der KJD., Halle-Merseburg.

Aus der Provinz

Glänzender Sieg der Kommunisten in der Konsumgenossenschaft

Merseburg, 24. Mai.

Ermutigt durch einige Zufallserfolge im hiesigen Kreise hatte der große Bureaukratenstab der Sozialdemokraten in Merseburg für den gestrigen Sonntag den Generalsturm zur vollständigen Beherrschung der Konsumgenossenschaft des Kreises mit dem größten Aufwand an Kraft und Mitteln vorbereitet. Unsere Genossen haben diesen Demagogen jedoch eine bittere Pille zur Ernüchterung verabfolgt, indem sie bei der Wahl des Aufsichtsrats ihre sämtlichen Kandidaten durchbrachten mit einer Stimmenmehrheit von durchschnittlich 90 Prozent gegenüber den sozialdemokratischen Kandidaten. Die Generalversammlung war wesentlich stärker besucht als je zuvor. Das Interesse an der Wahl war mit allen Mitteln gesteigert worden. Noch nie hat man die Gesichter der Bureaukratenclique so lang gesehen, wie bei der Verlesung des für sie vernichtenden Wahlresultats. (Näheres folgt.)

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle

Alle Geigen-, Mandolinen- und Klampfenspieler müssen Mittwoch, abends ½8 Uhr, bestimmt im „Volkspark" erscheinen. Instrumente mitbringen zur Probe einiger Musikstücke bei der Beerdigung des Jugendgenossen Lehmann.

*

Heute, Dienstag, Spielen auf der Peißnitz.

Mittwoch: Teilnahme an der Münzer-Probe im „Volkspark" um 7 Uhr.

Donnerstag beteiligen sich alle Genossen an der Einäscherung des Genossen Oswald Lehmann. Treffpunkt ½2 Uhr am Eingange des Gertraudenfriedhofes. Abends wieder Teilnahme an der Münzer-Probe im „Volkspark".

Neue Arbeiter-Literatur

L. Kaplun: Der Arbeiterschutz in der Union der SSR., betitelt sich das dritte Heft der Rußlandbibliothek, das soeben im Neuen Deutschen Verlag, Berlin W 8, erschienen ist. Die Schrift gibt uns interessante Details aus der Praxis des Arbeiterschutzes in der USSR. Sie stellt äußerst klar die Unterschiede des Arbeiterschutzes in den Sowjetrepubliken und in den kapitalistischen Staaten dar. Wo in den profitbringrigen Betrieben bürgerlicher Staaten, selbst die kleinen Anfänge eines Arbeiterschutzes mit der schweigenden Zustimmung der Behörden sabotiert werden, ist in dem proletarischen Rußland der Arbeiterschutz eine der ersten und wichtigsten Aufgaben des Staates. Die ganze Schrift atmet den Geist des jungen Rußlands: Vieles ist noch zu tun, aber wir werden nicht ruhen, bis unser letztes Ziel erreicht ist.

Arbeiter-Sport

ATSB. Naturfreunde. Ortsgruppe Halle. Heute, Dienstag, den 26. Mai, abends ½8 Uhr, im Heim, Torstraße 29, **Versammlung.** Daselbst kann das Fahrgeld nach Eisleben entrichtet werden.

Achtung, Arbeiter-Samariter. Die Versammlung der Dienststunden-Abteilung findet am Donnerstag, dem 28. Mai, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette" statt.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herren- u. Damen-Fahrräder (Markenrad) Ia. Ausführung Zahlungserleichterung
Gummi-Bieder, Gr. Steinstr. 81

Taschkent, die brotreiche Stadt

14

Von Alexander Newerow.

Eine wollte Mischka auf den Kopf schlagen. Offenbar hatte sie erfahren, daß er bei dem Bauern das kleine Stück Brot gestohlen hatte, denn sie schrie über den ganzen Markt:

„Mach, daß Du wegkommst, verfluchte Diebsbrut! Ich seh schon lange zu, wie Du da herumkrolchst!"

Mischka drückte die väterliche, alte Mütze in die Stirn, ging fort, um einen Skandal zu vermeiden. Man wird die Sache noch bei der Tscheka melden, dann wird er vierzehn Tage sitzen müssen, viel Umstände macht man ja mit unsereinem nicht. Man wird seinen Paß verlangen, er hat keinen. Seinen Durchlaß? Kein Durchlaß da. Lieber sich aus dem Staube machen . . .

Erst gegen Abend erinnerte er sich an Serjoschka. Als hätte er einen Stich ins Herz bekommen.

„Warum siehst Du nicht nach ihm? Hast Du doch versprochen!"

Er wollte hinlaufen, doch die Bauern machten ihm Angst.

„Der Zug nach Taschkent wird gerade vorbereitet. Wird gleich abfahren."

Mischkas Gehirn spaltete sich in zwei Hälften. Die eine befiehlt ihm, zu Serjoschka zu laufen, die andere sucht ihm Angst zu machen:

„Lauf nicht hin, wirst den Zug versäumen!"

Aber die erste Hälfte flüsterte ihm in die Ohren:

„Schämst Du Dich nicht, Deinen Kameraden im fremden Lande zu verlassen? Hast eine Verabredung getroffen und willst jetzt nicht. Ist doch keine große Sache, hinzulaufen! Nimmst Abschied zum letzten Male und fährst dann weiter. Und auch er wird es leichter haben, wenn er weiß, daß du wegfährst, wird nicht immer auf Dich warten . . ."

Die andere Hälfte sucht ihn zu beruhigen:

„Deine Verabredung gilt nicht für solche Fälle. Wirst umsonst hingehen, den Zug verpassen. Verlierst einen ganzen Tag und eine Nacht, und in dieser Zeit könntest Du hundert Werst zurücklegen. Es tut Dir doch leid. Du machst es doch nicht böswillig . . ."

Mischka wurde lange von Zweifeln gequält.

Er kam zur Station. Warf einen Blick aufs Krankenhaus, einen Blick auf die Wagen:

„Ob die sich schon bewegen?"

Die Wagen standen unbeweglich.

Mischkas Gewissen siegte über Mischkas Unentschlossenheit, gab ihm einen Ruck nach vorwärts. Er rannte, was er konnte, bis zum Aufgang des Krankenhauses, blieb stehen wie versteinert. Drei Fenster waren ganz dunkel, in einem nur brannte Licht. Er ging zur Türe, sie war geschlossen. Er steckte den Kopf in das Fenster, in dem Licht brannte, jemand faßte ihn am Aermel.

„Wohin willst Du denn? Willst wohl die Scheibe zerschlagen?"

Mischka wandte sich um, vor ihm stand ein Bauer mit einem Besen in der Hand.

„Ich will nach Serjoschka sehen."

„Was für ein Serjoschka?"

„Unser Serjoschka, aus Lopatino."

„Hier gibt es keinen Serjoschka. Mach, daß Du wegkommst!"

Da hast Du's. Heute hat man ihn da hineingelegt, und nun soll es keinen Serjoschka geben!

In diesem Augenblick pfiff auf der Station die Lokomotive.

„Der Zug!"

Mischka stürzte vom Krankenhaus weg, der Bode brannte ihm unter den Füßen, kam auf die Station gelaufen. Da wird man aus nichts klug. Man rennt hin, man rennt her, einige trinken Tee. Er fragt einen Bauern, der Bauer zuckt die Schultern:

„Ich weiß nichts, Brüderchen, warte selber schon den vierten Tag. Wohin willst Du denn?"

„Ich muß nach Taschkent."

„Der nach Taschkent ist schon längst weg."

„Weg?!"

„Ganz sicher, er ist weg."

Mischka war es, als hätte er einen Schuß durch die Beine, die Arme bekommen.

Er stürzte auf die andere Seite, stieß im Dunklen auf eine Frau, die einen Eimer kochendes Wasser trug. Der Eimer schwankte, das kochende Wasser verbrannte ihre Finger. Die Frau ließ den Eimer fallen, schrie:

„Haltet ihn!"

Kein Hirsch rennt da und zerteilt das Gebüsch mit den Hörnern, Mischka rennt mit seinem Sack auf der Schulter. Hinter ihm wächst Lärm an, schägt an seine Ohren:

„Hat gestohlen, haltet ihn!"

Bauern schneiden Mischka den Weg ab:

„Ach, Du Hundesohn!"

„Laßt ihn, schlagt ihn nicht!"

„Holt die Miliz!"

„Da, Genosse Milizsoldat, ist der . . ."

„Hat der Frau einen Sack gestohlen."

„Auseinandergehen!"

Ist es die Erde, die sich wie ein Rad dreht, oder hüpfen die Menschen einander über die Köpfe?

Nein.

Die Erde dreht sich nicht, und die Menschen hüpfen nicht: Mischka ist es dunkel vor den Augen geworden, Mischkas Kopf dreht sich nach allen Richtungen. Er steht in einem furchtbaren Kreise, und die Zunge bringt kein Wort hervor. Er will sprechen, doch die Zunge will nicht. Eine Träne fällt auf Mischkas Backe, doch wer wird in diesem Durcheinander eine Träne bemerken? Alle schauen auf Mischkas Sack, Mischkas Leid entsteht den Haß der Bauern, die vom langen Herumliegen auf den Stationen stumpf geworden sind.

„Sagen muß man solche kleinen Hunde!"

Der Milizsoldat faßt ihn an der Hand:

„Komm mit."

„Bin verloren."

Nur das denkt Mischka.

„Die lassen mich nicht mehr heraus."

15.

Jetzt soll er vor das schreckliche Gericht kommen, jede Ader zuckt in ihm vor Angst. Er erinnert sich an den seligen Vater, an Onkel Nikanor, der ein Meister im Faustkampf war. Sein Herz entbrennt in großer Wut gegen Serjoschka.

„Seinetwegen muß ich jetzt leiden."

Es ist aber gar nicht so schrecklich in der Tscheka, es ist ganz wie zu Hause im Exekutivkomitee.

Ein großer Tisch, am Tisch der Oberste von ihnen in einem Lederrock. An der Seite hängt ein Revolver, auf der Mütze steckt der Bolschewikenstern. Der Oberste kraut sich den Schnurrbart mit einem Finger, steht Mischka mit gleichgültigen, zusammengekniffenen Augen an.

„Was ist los?"

„Wir haben diesen Jungen festgenommen, Genosse Dynasew", erklärt der Milizsoldat.

„Ist er ohne Fahrschein?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250526-12/fragment/page=0007

Neue Enthüllungen über den Marokkokrieg

Die „Humanité“, das Zentralorgan unserer französischen Bruderpartei, veröffentlicht neue Enthüllungen über die schmachvolle Rolle der französischen Imperialisten der Rifrepublik gegenüber und über das elende Spiel, das sie mit den französischen Arbeitermassen, die sie als Kanonenfutter in den Marokkokrieg peitschen, treiben.

Die Sachlage ist kurz folgende: Nach den berüchtigten Marokkowirren in den Jahren 1911/12 fand in Algeciras eine Konferenz statt, auf der ein Abkommen getroffen wurde, demzufolge Frankreich das Protektorat über das ungeheure Gebiet, das nominell dem Sultan von Marokko untersteht, erhielt, während Spanien das Protektorat über das nördliche Rifgebiet von der internationalen Tangarzone bis zur algerischen Grenze übertragen wurde. Es gelang jedoch den Spaniern niemals, das ihnen unterstellte Gebiet restlos in ihre Gewalt zu bringen. Die Bauern- und Hirtenstämme in dem zerklüfteten Bergland um die Hauptstadt Adzdir verteidigten hartnäckig ihre Unabhängigkeit gegen die spanischen Eindringlinge. Um jedoch die Spanier endgültig aus dem Lande verdrängen zu können, brauchten sie anderes Kriegsmaterial, als das, was ihnen zu Gebote stand, moderne Waffen und Munition. Um diese zu bekommen, war es das Nächstliegende, daß sie sich an Frankreich wandten, das ebenfalls, wenn auch natürlich aus ganz anderen Motiven, ein Interesse an der endgültigen Vertreibung der Spanier hatte.

Das war der Anlaß, der Mohamed Abd el Krim, den energischen und außerordentlich fähigen Anführer der Rifkabylen, im Frühjahr 1923 nach Paris führte.

Ueber diesen Aufenthalt **Abd el Krims in Paris und seine Verhandlungen mit französischen Regierungsstellen,** insbesondere auch mit Poincaré, berichtete vor einigen Tagen unser französischer Genosse Rechtsanwalt Berthon aus seinen eigenen Erinnerungen. Poincaré hat zwar die Mitteilungen Berthons dementiert, aber inzwischen hat auch die faszistische „Action française“ **diese Enthüllungen bestätigt.**

Heute veröffentlicht nun die „Humanité“ nähere Angaben über die Ziele der Verhandlungen Abd el Krims und über die Persönlichkeiten, mit denen er diese Verhandlungen gepflogen hat. Sie stellt zunächst fest, daß Abd el Krim zwar nicht direkt und persönlich mit Poincaré verhandelt hat. Trotzdem haben durch Vermittlung prominenter Persönlichkeiten Besprechungen stattgefunden. Abd el Krim war doch in erster Linie gekommen, um sich Waffen zu verschaffen für den Krieg gegen Spanien. Das wußte Poincaré, das wußten seine Mitarbeiter, das wußte auch der Marschall Lyautey, der jetzt als französischer Oberkommissar in Marokko den Krieg gegen Abd el Krim führt — und diese Gelegenheit wollten sie nicht ungenützt vorbeistreichen lassen. Sie gab ihnen die Möglichkeit, das Abkommen von Algeciras zum alten Eisen zu werfen und **nach Vertreibung der Spanier die Hand auf das ganze Marokkogebiet einschließlich der Rifrepublik zu legen.**

Der Waffenschmuggel mit Marokko stellte überhaupt seit Jahrzehnten eines der einträglichsten Geschäfte für die französischen Kapitalisten dar. Zu derselben Zeit, als das sogenannte Marokkosyndikat, eine politische Finanzgruppe, zu militärischer Intervention in Marokko drängte, verkaufte dieses selbe Syndikat Waffen an die Marokkaner. So schlug es auf beiden Seiten Profite heraus. **Französische Patrioten, eifrige Befürworter der Eroberung Marokkos, verkauften an die Marokkaner Waffen, die jetzt dazu dienen, die französischen Soldaten zu töten.** Das nennt man kapitalistischen Patriotismus.

Uebrigens betrieben auch die spanischen Unternehmer einen eifrigen Waffenhandel mit Marokko. Ueber die Verhandlungen Abd el Krims während seines Pariser Aufenthaltes im Jahre 1923 berichtet die „Humanité“ folgendes:

Abd el Krim trat zunächst in Verbindung mit der Bank Guet, Paris. Die Direktion dieser Bank vermittelte die Verhandlungen mit Poincaré.

Ferner verhandelte er mit der Firma Darne über Lieferung von Geschützen. Darauf schloß er mit der Firma Henri Moulis & Cie. einen Vertrag über die Konzession von Kupferminen und Zölle gegen Waffenlieferungen. Aehnliche Verhandlungen wurden geführt mit den Firmen Marcal Colin und Bousquié.

Schließlich wurde ein Abkommen über Waffen- und Munitionslieferungen getroffen mit dem Hauptmann Gardiner.

Diese Tatsachen kann Poincaré nicht ableugnen. Er hat faktisch Abd el Krim die Möglichkeit verschafft, die Bank- und Handelsoperationen, die mit dem Waffenankauf verbunden sind, zu treffen. Daß die Verhandlungen politischen Charakter trugen, geht noch aus dem Umstande besonders hervor, daß man von Abd el Krim Garantien, Aufrichtigkeitsbeweise, verlangte. Man forderte ihn sogar auf, jede Solidarität mit Abd el Malek, einem marokkanischen Agitator, der zu jener Zeit den Franzosen sehr viel Schwierigkeiten in ihrem marokkanischen Besitztum machte, aufzuheben.

Diese Tatsachen charakterisieren ausgezeichnet die schmähliche Rolle der französischen Bourgeoisie und die wahre Natur ihres Patriotismus. Zugleich warfen sie ein höchst bezeichnendes Licht auf Ursachen und Ziele des jetzigen Marokkokrieges, in dem französische Proleten im Waffenrock mit den von französischen Kapitalisten gelieferten Waffen niedergemetzelt werden, um **die reichen Phosphor- und Kupferbergewerke des Riflandes in den Besitz der französischen Schwerindustrie** zu bringen.

Die KPF. die einzige Gegnerin des Marokko-Raubkrieges

(Eig. Drahtm.) **Paris**, 26. Mai.

Sozialdemokraten beantragten in der Kammer die Aussprache über de Marokko-Feldzug,; Sie wollen sich vorher im Linksblock **auf einer Basis mit den Bürgerlichen einigen,** um dann geschlossen der Resolution Loucheurs zuzustimmen. **Die Kommunisten sind die einzigen Gegner des Räuberkrieges der „Pazifisten“ in Marokko.**

Ergebnisse des Sowjet-Kongresses der Union

Der Bericht des Genossen Tschitscherin

Wir hatten zuletzt am 16. Mai über den Sowjetkongreß einen kurzen Bericht über die Rede **Rykows** gebracht. Der Kongreß ist nunmehr beendet und wir bringen zusammenfassend den Schluß des Kongresses. Nach Rykow spricht der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten **Genosse Tschitscherin.**

Tschitscherin wies in seiner Rede, die die ganze äußere Politik der Sowjetunion umfaßte, darauf hin, daß die Beziehungen der Sowjetunion gegenüber anderen Staaten nur im Zusammenhang der gesamten Politik der Sowjetunion zu betrachten seien. Ihre Hauptbestrebungen sind ein intensives Drängen nach internationalem Frieden und nach Wiederherstellung der Volkswirtschaft. Der wesentliche Charakterzug der äußeren Politik der Sowjetregierung ist ihr **Verteidigungscharakter.** Tschitscherin leugnet entschieden die in der letzten Zeit in der ausländischen Presse weit verbreiteten Nachrichten über die aggressiven Tendenzen der Sowjetregierung, die unter anderem im Zusammenhang mit der **Weigerung, an der Konferenz für Waffenhandel teilzunehmen,** entstanden sind. Diese Konferenz festigt nach Meinung der Sowjetregierung nur die Methoden der Herrschaft der starken Mächte gegenüber den schwächeren. Die Behauptung, als ob die Bildung neuer nationaler Sowjetrepubliken in Mittelasien der Ausgangspunkt annexionistischer Bestrebungen gegenüber den Nachbarstaaten bedeuten soll, widerspricht vollständig der Wirklichkeit, denn die Bildung dieser Republiken wird zu **dauernden friedlichen Beziehungen mit den asiatischen Nachbarn** beitragen.

Tschitscherin streift die Beschuldigung gegen die Regierung anläßlich der Lage auf dem Balkan und erklärt: **Die Sowjetregierung ist an der Lage auf dem Balkan nicht stärker interessiert, als an der Lage in anderen Ländern.**

In den **Beziehungen zu Polen** stellt sich die Sowjetregierung zur Aufgabe, der in Polen stärker gewordenen Strömung, die die kriegerischen Elemente der polnischen Politik bekämpft, entgegenzukommen. Diese Strömung wünscht eine Verständigung mit der Sowjetunion und eine Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen. Gute Beziehungen zu Polen bilden eine der wichtigsten Stellen in den allgemeinen Kombinationen der Friedenspolitik der Sowjetunion. Die Sowjetregierung hat es mit zwei Kategorien der internationalen Kombination zu tun: Die sowjetfeindliche Einheitsfront oder die Ausnutzung der Sowjetunion durch fremde Staaten in ihren besonderen Zielen, wobei in letzter Zeit die erste Kategorie dominiert. **England fällt die Hauptrolle zu, eine Atmosphäre des allgemeinen Hasses gegen die Sowjetunion geschaffen zu haben.**

Tschitscherin weist darauf hin, er könne seine Erklärungen in der Unterredung mit Curzon in Lausanne wiederholen: die Sowjetregierung nehme auf sich alles, was aus den Verpflichtungen der internationalen Beziehungen hervorgeht; falls die englische Regierung auf irgendwelche Mißbräuche diplomatischer Rechte der Sowjetvertretungen hinweisen wollte, werde die Sowjetregierung alles Erforderliche tun. **Wenn man jedoch erklärt, jede Propaganda in der Sowjetunion müsse aufhören, so komme dies der Forderung gleich, die Kommunistische Partei soll aufhören, kommunistisch zu sein.**

Der Bericht des Genossen Sokolnikow

Nach der Rede Tschitscherins ergriff **der Volkskommissar der Finanzen der Genosse Sokolnikow** das Wort und unterbreitete dem Sowjetkongreß das Budget der Sowjetunion in der Höhe von **2558 Millionen Rubel.** Er erstattete einen ausführlichen Bericht über die Finanzlage der Union und unterstrich, daß es, trotz der Prophezeiungen **in Haag und in Genua über den unvermeidlichen Finanzkrach,** doch gelungen sei, bei fortgesetzter Finanzblockade **eine feste Finanzordnung, ein defizitloses Budget und eine feste Währung zu schaffen.**

In den letzten zwei Jahren hat sich das Budget verdoppelt. Im Vergleich zu dem Vorkriegsbudget haben sich die Verwaltungsausgaben verkleinert und die Ausgaben für Unterrichtszwecke vergrößert; die Ausgaben für militärische Zwecke betragen 417 Millionen gegenüber 850 Millionen des Jahres 1913.

Die Steuereinnahmen **vergrößern sich** aber nicht auf Rechnung der schwereren Besteuerung, sondern, **weil der Warenumtausch wächst. Die landwirtschaftliche Steuer ist auf hundert Millionen herabgesetzt.** Sokolnikow unterstreicht die **Vergrößerung der Einnahmen aus anderen Quellen,** als die Steuern. **Das Transportwesen ist jetzt eine Einnahmequelle** geworden, was die Möglichkeit gibt, zur Instandsetzung der Industrie **109 Millionen** und für die **Elektrifikation 41 Millionen** zur Verfügung zu stellen. Die Sowjetregierung ist weit davon entfernt, **die Bedeutung der ausländischen Kredite zu unterschätzen** und ist bereit, so weit nachzugeben, wie es die Interessen der Volkswirtschaft gestatten. Doch die Erfahrung hat gelehrt, daß die Sowjetunion **mit eigenen Kräften die grundlegende Aufgabe der Wiederherstellung der Volkswirtschaft bewältigen kann.** Ihr Tempo wird aber bei Erhalten von Krediten **sehr verschnellert werden. Es sind Maßnahmen ergriffen zur Steigerung der Goldproduktion, die im Jahre 1913 3 296 Pud betrug, im Jahre 1917 1885 Pud, im Jahre 1921 auf 35 fiel und die jetzt 1810 Pud beträgt.** Sokolnikow erinnert daran, daß in der Kriegszeit **600 Millionen Rubel** zur Sicherung der Zarenschulden **nach England** geschafft wurden. Die Reste der von **Koltschak** ausgeführten **hundert Millionen** sind in amerikanischen und englischen Banken verstreut. **Es sei notwendig, diese Summen in Betracht zu ziehen, bei der Regulierung der Ansprüche der ausländischen Staaten.**

Sokolnikow wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß das Budget der Union für 1925 bis 1926 **an drei Milliarden betragen werde.**

Es werde für nötig erachtet, den Arbeitslohn der Arbeiter im Transportwesen und in der Schwerindustrie im entsprechenden Verhältnis zur wachsenden Produktivität der Arbeit zu erhöhen.

In Beantwortung einer Frage nach den Produktionsgenehmigungen **für Alkohol bis zu 30 Prozent** erklärte Sokolnikow, daß die gegenwärtige Produktion sich **auf nur 5 Prozent** der Vorkriegsproduktion belaufe. Die Regierung verfolge das Ziel, die Alkoholproduktion **nicht zu erweitern, sondern noch mehr einzuschränken.**

Der Bericht des Genossen Frunse

In einem Bericht über die **Rote Armee** gab Frunse auf dem Sowjetkongreß einen Ueberblick **über die allmähliche Reduzierung der Roten Armee von fünf und einhalb Millionen Mann bis auf ihren jetzigen Bestand von 562 Tausend Mann.** Er erklärte, daß die Sowjetunion über eine der verhältnismäßig **kleinsten Armeen** der Welt verfügt. Auf 10 000 Einwohner kommen in der **Sowjetunion 41 Soldaten, in Rumänien und Polen je 100 Soldaten, in Frankreich,** ohne die Kolonialarmee zu rechnen, **200 Soldaten. Die Kosten, die jeder Einzelne** zur Unterhaltung der Armee zu tragen hat, betragen **in der Sowjetunion weniger als 3, in Polen 11, in Frankreich 13½ Rubel.** Frunse spricht über das mißlungene Entwaffnungsangebot Sowjet-Rußlands an die ausländischen Staaten, über **die zunehmenden Rüstungen der Großmächte** und erklärt, daß man im Zusammenhang damit die Lügenmeldungen über die angebliche Beteiligung der Sowjetunion an den Vorgängen in Estland und Bulgarien und die in letzter Zeit verstärkten Mahnungen zum allgemeinen moralischen und finanziellen Boykott der Sowjetunion nicht anders ansehen kann, **als Versuche einer psychologischen Vorbereitung der öffentlichen Meinung des Auslandes für den Fall einer neuen Intervention gegen die Sowjetunion.** (Man vergleiche hiermit, wie der **Volksbote von Zeitz, vom letzten Freitag,** dem dieser Bericht Frunses und Sokolnikows über das im Vergleich zu Friedenszeiten um die Hälfte verminderten Militärbudgets vorlag **bewußt schwindelt,** wenn es vom sowjetrussischen Imperialismus spricht, und damit die eigenen prozentimperialistischen Tendenzen Deutschlands, die gegen Sowjet-Rußland gerichtet sind, verschweigt, und seine Leser vergessen machen will, welchen Anteil Herr Noske der Parteigenosse, an der Errichtung der Bürgerkriegswehren gegen das Proletariat gehabt hat. D. Red.)

Solche Tatsachen, wie die Beratungen in **Helsingfors, Riga,** die die Beschlüsse der Konferenz der kleinen Entente in **Bukarest** und das polnisch-rumänische Bündnis müssen als Versuch einer **praktischen Verwirklichung des Gedankens eines sowjetfeindlichen Bloks angesehen werden.** Deshalb ist die **qualitative Vervollkommnung der Roten Armee** und die entsprechende Erweiterung der Militärindustrie **notwendig.** Sie darf den normalen Lauf der Volkswirtschaft nicht unterbrechen und muß eine **feste Verteidigungsgrundlage** schaffen. Besonders wichtig ist die Entwicklung der Luftflotte. Frunse streift die Behauptungen der Presse, daß **Estland** angeblich die **Inseln Oesel und Dagö an England verpachten will** und erklärt, daß, falls diese Nachricht stimmt, die Sowjetunion, trotz ihres Wunsches, sich nicht in die inneren Verhältnisse Estlands einzumischen, **diese Tatsache als eine direkte Herausforderung wird ansehen müssen.** Eine solche Handlungsweise seitens Estlands würde theoretisch bedeuten, daß Englands bewaffnete Kräfte unmittelbar an die Sowjetunion herantreten können:

die englischen Dreadnaughts würden in diesem Falle in 24 Stunden vor Kronstadt sein können und die Aeroplane in anderthalb Stunden über Moskau.

Frunse weist darauf hin, daß die Seekräfte der Sowjetunion und die Kosten dafür, die **jetzt 32 Millionen Rubel gegenüber 260 Millionen in der Zarenzeit betragen,** unverhältnismäßig **gering** im Vergleich zu den Kosten der **ausländischen Seekräfte sind.**

Die Wahl des Zentralexekutivkomitees

Der am 20. beschlossene Sowjetkongreß wählte das Zentral-Exekutiv-Komitee der Sowjetunion, welches sich aus dem **Bundesrat,** und dem **Nationalitätenrat** zusammensetzt. In den **Bundesrat,** in welchem die Republiken entsprechend ihrer Bevölkerungszahl vertreten sind, wurden **450 Mitglieder gewählt. Der Nationalitätenrat,** welcher aus 5 Vertretern jeder Bundesrepublik und jeder autonomen Republik und aus je einem Vertreter jedes autonomen Gebiets besteht, hat jetzt **131 Mitglieder, also 30 Mitglieder mehr als im Vorjahr.**

Zusammen mit den 199 gewählten Kandidaten des Bundesrats und den 52 Kandidaten des Nationalitätenrats besteht **das Zentral-Exekutiv-Komitee** der Sowjetunion aus **332 Delegierten, darunter sind 146 Parteilose.** Zum Präsidenten des Rats der Volkskommissare wurde, wie bisher, **Rykow gewählt, zu seinem Stellvertreter Kamenew,** als Vorsitzender des Rats für Arbeit und Landesverteidigung und **Zurjupa** als Präsident der Staatsplankommission. Ebenso wurden die übrigen Volkskommissare wiedergewählt, darunter **Tschitscherin für Aeußeres, Frunse für Krieg, Dserschinski für Volkswirtschaft, Krassin für Außenhandel.**

Damit sind die noch in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte widerlegt, wonach Trotzki zum Außenhandelskommissar gewählt würde und wonach Krassin, der die Pariser Botschaft inne hat, diesen Posten niederlegen würde.

Die Trotzki-Frage wird vielleicht in späterer Zeit zur Schaffung **eines neuen wirtschaftlichen Postens** führen.

Bei der Aufstellung des neuen Vollzugsausschusses des Bundessowjets wurde bestimmt, daß der **russische Botschafter in Berlin und London einen ständigen Sitz erhalte.**

Haarhaus Wrycza 203
Leipziger Str. 28
direkt am Turm
Zöpfe von 5 Mk. an
Bitte Haarprobe einzusenden
Spezialität: Graue u. weiße
Alle anderen Farben in großer Auswahl

Bekanntmachung
Das Ablagern von Schutt, Asche und sonstigem Unrat auf öffentlichen Wegen, Böschungen und in Gräben ist verboten. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft; außerdem muß der Täter den Unrat wieder beseitigen 732
Eisleben, den 22. Mai 1925
Die Polizeiverwaltung. Clauß

Plauener Gardinen u. Wäsche
200 empfiehlt in großer Auswahl zu billigsten Preisen
Gardinen-Etagengeschäft
Halle a. S. Harz 131 Fr. Hansen

Fahrräder
zu äußerst billigen Preisen, auch auf Teilzahlung 1644
Eigene Reparatur-Werkstatt
E. Kilian, Große Brunnstraße 15

Konsum- und Produktiv-Verein zu Zeitz, eGmbH., Zeitz
Zum Pfingstfest empfehlen wir unsern werten Mitgliedern aus eigener Bäckerei
Quark- und Mohnkuchen, Streuselkuchen und Bienenstich, Aschkuchen und Torten (zum Preise von 3 u. 4 Mk.)
sowie 729
unser bekanntes Feingebäck
Bestellungen bitten wir bis zum Dienstag, dem 26. Mai, in unseren Verteilungsstellen abzugeben
Der Vorstand

Kein Haushalt ohne [1649
Chaiselongue oder Bett-Chaiselongues
Zu haben in best. Verarbeitung schönster u. größt. Auswahl u. konkurrenzlos billigen Preisen nur in den Ruhebetten- und Matratzen-Werkstätten
Bruno Paris
Kl. Ulrichstr. 2
Eing. Kanzleigasse
2 Min. v. Markt

Weißenfels 587
Am Saalestrand
Heute Schlachtefest
Emil Illig.

Zeitungsträger
für Gutenberg zum 1. Juni 1925 gesucht. Gewissenhafte Trägerinnen wollen sich bei Herrn Herrmann, Dorfstr. 24, melden

Blumenkästen
grün gestrichen in stark. Ausführung von M. 1.25 an
1648 Grabtüten für frische Blumen 58 und 48 ₰
Butterkühler ohne Eis M. 1.85
Sobel
Ulrichstraße 9
Steinweg 45
Reilstraße 1
Ammendorf

Lichtspiel-Theater Wittenberg
bringt für Dienstag bis Donnerstag:
Ludwig Ganghofer
Deutschlands großen Dichter
Die Bacchantin
Ein Filmschauspiel von Kunst und Liebe in 6 Akten 730
Hauptrollen: Bruno Kastner, Olga Tschechowa, Hans Mierendorff u. s. w.
Bei Sid ist eine Schraube los
Groteske
Anfang: 6.00 8.15 Uhr
Nur für Erwachsene

Lichtspiele Piesteritz
Das Riesen-Doppelprogramm von Dienstag bis Donnerstag, 28. Mai,
1. „Das nackte Weib“
Ein preisgekröntes italienisches Gemälde in 6 überaus langen Akten nach dem Roman von Henry Battaille
Hauptrollen: Das Gassenmädchen Lolette: Franceska Bertini, Italiens große Tragödin. Ein Maler: France Genaro. 731
2. „Die letzte Maske“
Ein spannender Kriminalfilm in 5 langen Akten mit Margarete Lanner, Louis Ralph, Wilh. Diegelmann u. a.
Anfang pünktlich 8 Uhr

Schmiedelehrling
1640 sucht
Wilh. Beidt, Gr. Steinstraße 47

Zeitungsträger
für Heiligental sofort gesucht
Meldungen bei Otto Licht, Lochwitz

Wir suchen zum 1. Juni einen
Zeitungsträger
für Bransdorf. Meldungen in unserer Filiale im Gewerkschaftshaus Gehüfte, I. Etage

Zeitungsträgerin
für Flugplatz, Mötzlich und Tornau ab 1. Juni gesucht. Gewissenhafte Trägerinnen wollen sich bei Schrödter, Fluplatz 67, melden

Zeitungsträger
für Leimbach zum 1. Juni gesucht. Nur gewissenhafte Bewerber wollen sich bei Herrn Wilh. Czerwinski, Mansfelder Str. 24, melden

Hausfrauen! kauft nur bei unseren Inserenten!

Reichsbund deutscher Mieter
Ortsgruppe Merseburg
Mittwoch, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Tivoli“: 733
Mitgliederversammlung
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet Der Vorstand
Gäste sind willkommen

Kirschen-Verkauf!
Der diesjährige Kirschenanhang der Gemeinde Lettin soll *1639
Freitag, den 29. Mai, nachm. 6 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung“ zu Lettin öffentlich meistbietend verkauft werden. Verpachtungsbedingungen werden im Termin bekanntgegeben.
Lettin, den 26. Mai 1925
Der Gemeindevorsteher

Familien-Nachrichten

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden der

Frau verw. Anna Kamm
geb. Schunke

unsern innigsten Dank. Dank auch dem Genossen Fritz Kroh für seine Abschiedsworte am Grabe

1638 **Die Hinterbliebenen**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250526-12/fragment/page=0008